Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Karl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando-zahlbarer Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 206. Magdeburg, Mittwoch, den 4. September 1895. 6. Jahrgang.

Der Essener Meineidsprozeß

und der Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Bethätigung des Dranges nach dem Positiven hat die Organisation der deutschen Buchdruckergehilfen groß und stark gemacht. So selbstverständlich berechtigt das Streben einer Gewerkschaft nun ist, den Hauptwert auf die Erringung von Vorteilen in der Gegenwart zu legen, so unberechtigt ist es, Vorteile auf Kosten derjenigen Grundsätze zu erstreben, die von der Arbeiterschaft zum Zwecke ihrer Emanzipation aufgestellt werden mußten. Man kann nicht sagen, daß die Buchdruckerorganisation jemals dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter zuwidergehandelt hätte. Aber oft genug haben sich in ihr Strömungen breit gemacht, die dem Effekt nach darauf hinausliefen, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in politischer Beziehung Hemmnisse zu bereiten. Zu Zeiten ist von dieser Seite aus sogar ein gewisses Liebäugeln mit den Gegnern der Arbeiter-Emanzipation zu bemerken gewesen, wobei sicherlich Haupttriebfeder war, der Buchdruckerorganisation eine gelindere Behandlung durch die Polizei zu verschaffen oder zu erhalten, als sie den übrigen Arbeiterorganisationen zu teil wurde. Seit einer Reihe von Jahren, und namentlich seit dem letzten großen Streik der Buchdrucker, wo diese auf die Hilfe der übrigen Arbeiter mit angewiesen waren, war darin ein Wandel zum Besseren eingetreten. Speziell die Haltung des Correspondenten, des Fachblattes der Buchdrucker, ließ vom allgemeinen Arbeiterstandpunkt aus billigerweise nichts zu wünschen übrig, und die Buchdrucker befleißigten sich, durch Anschluß z. B. an die Gewerkschaftskartelle, dem Gedanken, daß sie zur übrigen Arbeiterschaft ebenso gehören wie Schuhmacher und die Arbeiter aller anderen Berufe, auch äußerlich Ausdruck zu geben. Daß sie für die Arbeiter der übrigen Berufe von jeher mit finanzieller Unterstützung nicht kargten, sei hierbei erwähnt, um der Legende entgegenzutreten, als wenn sie für andere Arbeiter nichts gethan hätten. Im Gegenteil, sie haben hierin ihre Pflicht so gut gethan, wie die Arbeiter anderer Berufe; nur hatten und haben sie sehr oft ihre guten Gründe, keinen Wert darauf zu legen, daß die Oeffentlichkeit erfährt, wen und wie sie finanziell unterstützen.

In der Haltung des Correspondenten ist nun leider in neuester Zeit eine Wandlung eingetreten, die — unserer Ansicht nach anfänglich in lokalen Leipziger Verhältnissen begründet, über die ein Urteil abzugeben wir uns enthalten wollen — jetzt darauf hinausläuft, die sozialdemokratische Partei dafür verantwortlich zu machen, daß das Gewerkschaftswesen nicht so blüht, wie es zu wünschen wäre.

Den eigentlichen Grund dieses Unmuts erblicken wir darin, daß die Arbeiterschaft den Drang nach dem Positiven nicht in dem Maße bethätigen kann, als ein Teil der Gewerkschafter wünscht und als es wünschenswert wäre. Anstatt aber die Ursache in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zu erblicken, begeht man die Selbsttäuschung, sie der Taktik der Sozialdemokratie und speziell einigen Personen zuzuschreiben. Es ist das, kurz gesagt, ein Mangel an richtiger Erkenntnis der Thatsache, daß heute die Welt von einem Klassenkampfe durchtobt wird, der, wie jeder Kampf, positives Schaffen im wesentlichen ausschließt und deshalb allerdings vorwiegend negativ, zersetzend wirken muß. In welch hohem Maße diese Erkenntnis auch sonst so intelligenten Arbeitern, wie dem Redakteur des Correspondenten, fehlen kann, der selbst Mitglied unserer Partei ist, zeigt eine Notiz, die er, selbstverständlich in bester Meinung, in der „Rundschau" des genannten Fachblattes veröffentlichte und die folgenden Wortlaut hat:

„Die Rettung Schröders und Genossen. Die Buchhandlung des Vorwärts giebt eine Schrift über den vielberufenen Meineidsprozeß gegen die Bergarbeiter Schröder und Genossen heraus. Jeder fühlende Mensch wird dieses litterarische Unternehmen begrüßen, insofern es dazu beitragen könnte, das traurige Los jener Männer in ein besseres zu kehren. Zu diesem Zwecke müßte die Schrift für den geringsten Preis, also zu den Selbstkosten, noch besser gratis in alle Bevölkerungsschichten ausgetragen werden, im ersteren Falle durch Kolporteure vor jede Thür, bei Gratisabgabe durch thätige Arbeiter in Stadt und Land. Sollten die Kassen der politischen Arbeiterorganisation die Kosten nicht tragen können, so wäre speziell für den Rettungszweck eine allgemeine Auflage anzuordnen, der sicher jeder mit Freuden nachkäme. Die millionenstarke Arbeiterpartei muß hier schon im Interesse der Humanität außerordentlich kräftig die Arme rühren; die passive Form des Beistandes durch Unterstützung von Frauen und Kindern der Verurteilten ist gut, aber die hinter Kerkermauern schmachtenden Väter der Familien sind damit noch nicht erlöst. Wir denken uns zu diesem Behufe einen unablässigen, in alle irgend zu ersinnende Formen gekleideten Appell an sämtliche Bevölkerungsklassen im großen Stile. Die für die armen Verurteilten laut werdende Volksstimme ziehen die zuständigen Behörden dann voraussichtlich mit in Rücksicht. Ein Erfolg solcher Bewegung ist schon darum zu erhoffen, weil selbst die bürgerliche Presse den Ausgang des Prozesses zu mißbilligen sich veranlaßt sah; zahllose Personen aus den mittleren Klassen möchten vielleicht ihr Teil helfen zur Umwendung des Essener Wahrspruches, mangels Gelegenheit zum Eingreifen bleibt es jedoch beim bloßen Bedauern. Hier sind Kräfte nutzbar zu machen. Wie hat die amerikanische Arbeiterschaft alle Hebel angesetzt, um den unschuldig verurteilten Fielden, Schwab und Neebe die Freiheit wieder zu geben! Da gingen mit hunderttausenden Unterschriften versehene Petitionen für die Eingekerkerten ab, riesige Geldsammlungen für die Prozeßführung fanden statt, Prozeß auf Prozeß, die die hervorragendsten Anwälte des Landes betrieben, wurde angestrengt, kurz, jedes erdenkliche Mittel wurde gebraucht, und mit welch' herrlichem Erfolge! Der Gouverneur Altgeld setzte, überzeugt von der Unschuld, die lebendig Begrabenen frei! Ohne Zweifel haben die Demonstrationen die Entschlußfassung Altgelds mitbewirkt, Altgeld hätte ohne die durch die Agitationen hervorgerufene beifällige Stimmung im Publikum die Freigebung überhaupt gar nicht aussprechen können. Schröders und Genossen Strafe ist hart genug, um die deutschen Arbeiter zu eben solch nicht erlahmender Bruderthat anzuspornen. Die zu treffenden Maßnahmen müssen aber so gewählt sein, daß sie den Unglücklichen wirklich nützen können. In Essen stellte ein Delegiertentag Schröder als Reichstags-Kandidaten auf, jetzt ist er vom Bergarbeiter-Verband zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Dem Herzen der Genossen machen diese für den Augenblick zwecklosen Nominationen alle Ehre, allein sie schaden den Prozessierten mehr als sie ihnen nützen. Die Sympathie der Nicht-Parteikreise, die nun einmal zur Enthaftung der Angeklagten erforderlich ist, wird durch sie mit Eiswasser begossen. Indem man Schröder, Meyer, um den Widerspruch gegen das Urteil zu verlautbaren, zu Parteiheroen erhebt, reizt man bloß noch mehr die Parteifeindschaft gegen sie, die schon von anderer Seite zur Urteilsfindung aufgerufen wurde, und macht sie vollends zur Zielscheibe der Verfolgungen. Der zu Hilfe gerufene Mensch tritt sofort wieder hinter den Parteimann zurück, welchen das Unglück des Gegners mindestens kalt läßt. Drücken wir den Unwillen einwandsfreier aus, beschränken wir uns auf praktische, kluge Anstalten, um das Zuchthaus zu öffnen; sind sie vergeblich, dann erst ist der Zeitpunkt für den Protest durch Kandidaturen ꝛc. gekommen. Wohl mögen formell nur wenige Handhaben geboten sein für die Rettungsaktion, wer kann aber voraussehen, welche Hilfsmittel eine wie hier beschriebene tiefgreifende Bewegung zu gebären im stande ist? Suchen wir den Altgeld Deutschlands; finden wir ihn nicht — so ist eine traurige unvergeßliche Lehre mehr für die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterklasse auf die herrschende Gesellschaftsordnung statuiert. — Den in der gewerkschaftlichen Agitation zu fürchterlichem Schaden gekommenen Leidenden glaubten wir gegenwärtige Anregung schuldig zu sein."

Und wie sich der Redakteur des Correspondenten die Ausführung seines Vorschlags denkt, das zeigen folgende „positive Vorschläge":

„In Berlin tritt ein Aktionskomitee der Arbeiter-Abgeordneten zusammen, das menschenfreundliche namhafte Männer aller Parteien zum Beitritt einladet und unverzüglich seine Thätigkeit aufnimmt. Zur gemeinschaftlichen Führung der Prozeßangelegenheit sowie zu ihrer publizistischen Bearbeitung sucht das Komitee, ohne daß damit den bisherigen Verteidigern zu nahe getreten sei, die ersten Rechtsvertreter und bedeutendsten forensischen Redner zu gewinnen. Die Oeffentlichkeit wird in weitestem Maße für die Tragödie interessiert. Durch Broschüren und Flugschriften, durch ein fortlaufendes Korrespondenzblatt an die Zeitungsredaktionen, durch Zeitungsbeilagen und anderes mehr. Ein erster Inhalt der Schriften bestände aus den gesammelten Preßstimmen über die Essener Schwurgerichtsverhandlungen. Außerdem wird eine möglichst große Zahl von Juristen und Gelehrten um ihr Ureil angegangen. In öffentlichen Versammlungen setzen hierfür gewonnene sachkundige Redner dem Publikum die Prozeßgeschichte auseinander. Daß an das Aktionskomitee alle für die Bestreitung der Kosten und die Unterstützung der Familie bestimmten Gelder zu senden wären, versteht sich von selbst. Mit Zuhilfenahme derartiger Mittel dürfte die Meinung des deutschen Volkes über den unglückseligen Prozeß zum Ausdrucke gelangen. Nicht sollte man denselben zu einem bloßen Partei-Ereignisse verstanden lassen. Jeder Staatsbürger ist von dem Schlage betroffen!"

So etwas kann doch nur schreiben, wer über den Ernst und die Größe des Klassenkampfes, der heute speziell in Deutschland tobt, nicht genügend unterrichtet ist. Das Essener Urteil ist gerade vom Klassenstandpunkt der Geschworenen nicht unbeeinflußt geblieben und nun soll die Arbeiterpartei mit an dieselben Klassen einen Appell um Aufhebung des Urteils richten, in deren Interesse die Geschworenen, ohne sich dessen bewußt zu sein, ihren Spruch fällten!

Und nicht nur das. Dieselbe Sozialdemokratie, die von den herrschenden Klassen, denn auf diese kommt es bei dem Vorschlage des Correspondenten an, auf Leben und Tod bekämpft wird, hätte auch noch auf deren Parteistellung spekulieren sollen, indem sie es nach Ansicht des Redakteurs des Correspondenten besser vermieden hätte, den verurteilten Bergleuten durch die Aufstellung Schröders zum Reichstags-Kandidaten den höchsten Beweis der Achtung und Sympathie zu geben, den die Partei des arbeitenden Volkes geben kann!

Das alles heißt unserer Partei eine Rolle zumuten, die ihrer unwürdig ist und die am allerersten gerade von den nicht verbildeten, urwüchsig empfindenden verurteilten Bergleuten zurückgewiesen werden würde.

Betrachten wir die praktische Seite. Das Essener Urteil kann auf zweierlei Weise aufgehoben werden. Durch das Reichsgericht und durch den Kaiser. Nach einer dieser Richtungen hin scheint uns der Redakteur des Correspondenten zu spekulieren. Unter dem Appell an sämtliche Bevölkerungsklassen kann man sich doch vernünftigerweise nur denken:

Entweder soll das Reichsgericht bestimmt werden, dem „Drucke" der „öffentlichen Meinung" zu folgen und deshalb das Urteil aufzuheben. Das aber thut das Reichsgericht nicht. Im Gegenteil könnte durch den Appell ans ganze Volk das Reichsgericht gerade bestärkt werden, das Urteil zu bestätigen, damit nicht gesagt werden kann, das höchste Gericht des Deutschen Reiches habe sich durch eine Massenbewegung, sozusagen durch eine Art physischen Drucks bestimmen lassen, ein Gerichtsurteil aus anderen als rein juristischen Gründen zu kassieren.

Oder der Kaiser soll durch die „öffentliche Meinung" bestimmt werden, das Essener Urteil im Wege der Gnade aufzuheben.

Demgegenüber ist hochzuhalten, daß die Sozialdemokratie nicht Gnade, sondern das Recht zu verlangen hat, und in diesem Falle im Interesse der Verurteilten und der hinter ihnen stehenden ganzen Bergarbeiterschaft selbst, denn die Begnadigung gäbe Schröder und seinen Schicksalsgenossen nicht die Achtung wieder, die sie in der bürgerlichen Welt ebenso zu beanspruchen haben, wie in der Arbeiterwelt, weil die Begnadigung nur die Folgen des Schuldigspruchs, nicht diesen selbst aufhebt.

Und zuletzt: Nicht der Mensch zum Menschen spricht heute, sondern das Deutsche Reich ist in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite der besitzlose, nach Gleichberechtigung mit den Besitzenden ringende Arbeiter; auf der anderen Seite der Besitzende, der den Arbeiter um jeden Preis niederhalten will und niederhalten muß, wenn er seine wirtschaftlichen und politischen Vorrechte behaupten will. Das weiß der Redakteur des Correspondenten ganz genau, wo es sich um Konflikte zwischen Buchdruckergehilfen und Buchdruckereibesitzern handelt. Als Sozialdemokrat müßte er sich sagen, daß es in politischen Dingen ebenso ist. Da aber verleitet ihn der sonst so nützliche Drang zum Positiven, die Binsenwahrheit des Klassenkampfes zu übersehen, der freilich Opfer für Opfer erheischt und der der gegenwärtigen Generation nur die Aussicht bietet, auf die Gunst der herrschenden Klassen zu verzichten und dadurch den damit verbundenen Vorteilen zu entsagen, der aber die einzige Möglichkeit gewährt, daß die soziale Frage ohne schmählichen, die Besitzlosen täuschenden und schädigenden Kompromiß zum Austrag gebracht wird.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Mehrheit der Buchdruckergehilfen durch den harten Klassenkampf, den diese seit Beginn ihrer Organisation mit den Prinzipalen führen müssen, auf den Stand der Erkenntnis gekommen ist, sich zu sagen, daß der Drang zum Positiven nicht auf Wege leiten darf, die, wie die in Rede stehende Meinung des Redakteurs ihres Fachblattes, in die Sackgassen der kapitalistischen Weltordnung zurückführen. (Vorwärts.)

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

In einer Beschreibung der **Kaiser Wilhelm-Kirche** heißt es im Vorwärts: Prächtige Skulpturen schmücken allerwärts den Innenraum. So ist besonders erwähnenswert ein hoher, überlebensgroßer marmorgemeißelter Christus in der Mitte des Altars mit dem symbolischen Auge Gottes darüber; und gerade gegenüber, als Erinnerung an die Schäbigkeit der Berliner Stadtverordneten

am 2. Mai d. J. ein Relief aus grauem Sandstein mit folgender Inschrift:

> Was für Kamele einst gewesen
> die Väter unserer grössten Stadt!
> 2. V. 1895.
> Keine dreimalhunderttausend Mark.
> Ruppig!

Das Relief, das wir oben im Bilde wiedergeben, befindet sich im Innenraum über dem zur linken Hand gelegenen der drei Eingangsportale, die von Westen her in die Kirche führen. Es stellt Jakob und Rebekka am Brunnen vor, die Kamele tränkend, die rings herum im Sande liegen. Die Schrift ist teils in den Felsen des Brunnens, teils in den Saum der Kameldecken gehauen, allerdings nur flach, so daß man sich schon mit einem Opernglas bewaffnen muß, um sie zu lesen. Die Nebenthür, die mittlere von den dreien, ist gekrönt mit einem Bildwerk, das zwei Engel darstellt, in ihrer Mitte das Christusschäflein mit dem Kreuz. Die dritte Thür ist bis jetzt nur überdacht von einem rohen Sandsteinblock. — So der Vorwärts. Die Volkszeitung nimmt an, daß der strebsame Architekt, welcher die im bekannten Rebusstil verfaßte „rätselhafte Inschrift" erfunden und ausgemeißelt hat, sich einen schlechten Witz erlaubte, in der Voraussetzung, daß die Entdeckung gar nicht oder nicht so schnell erfolgen werde. Gegenwärtig wird es Sache der Kirchenverwaltung sein, den groben Unfug so schleunig als möglich zu beseitigen. — Wenn nur der „strebsame Architekt" nicht von gewisser Seite zur Ausführung dieses „schlechten Witzes" aufgefordert worden ist. —

Aus Privatbriefen an den **Freiherrn v. Hammerstein** von konservativen Politikern, deren Namen nicht genannt sind, veröffentlicht der Vorwärts Auszüge. Die Echtheit der Briefe vorausgesetzt — die innere Wahrscheinlichkeit spricht dafür — so geht aus den Schriftstücken hervor, was man freilich schon wußte, daß die feudalen Konservativen in ihrer sogenannten Königstreue nur dann unerschütterlich sind, wenn die Politik nach ihrem Willen gemacht wird; wie es ja schon der alte Satz verkündet: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut. In den Briefen wird darüber Klage geführt, daß die Helldorfsche Richtung und Herr Hinzpeter Oberwasser hatten (es handelt sich um Vorkommnisse aus dem Jahre 1890) und um die Wahl in Ravensberg, wo Herr v. Hammerstein der Mann nach dem Herzen der Kreuzzeitungssippe war, indes diesem konservativen Heißsporn der Landrat Ditfurth als gouvernementaler Gegenkandidat gegenüberstand. Als es schien, daß Herr v. Hammerstein dem gouvernementalen Kandidaten unterliegen würde, meinte der feudale Briefschreiber:

> ... Ich für meine Person hätte nichts dagegen, wenn Singer hier gewählt würde, einmal Ditfurths wegen und zum andern, weil die sozialistische Hochflut nachgerade als das einzige Heilmittel erscheint. Aber diese Erwägung ist für die Wähler zu fein.

Daß die Kreuzzeitungssippe sich der „sozialistischen Hochflut" gegenüber in der Rolle der Staatsretter zu gefallen pflegt, ist bekannt. Sie stellen den „Umsturz" als Schreckgespenst hin, um Stimmung für ihre eigene „staatserhaltende" Politik zu machen. Das war von jeher die Praxis der Leute, die sich am aufdringlichsten um die Throne scharten. In neuerer Zeit hat die nationalliberale Bourgeoisie in dieser Beziehung von den Junkern gelernt. Als man in nationalliberalen Großkapitalistenkreisen den Einfluß des Herrn Hinzpeter auf die Sozialpolitik der Regierung fürchtete, drohte die Kölnische Zeitung mit der „Revision der monarchischen Gesinnung". Jetzt aber ruft die ganze nationalliberale Presse nach einem neuen Ausnahmegesetz, die „Umsturzgefahr" so kraß wie möglich ausmalend. Wäre Singer damals gegen Herrn von Hammerstein gewählt worden, so hätte es geheißen: Seht, in dem „königstreuesten" Wahlkreise wird nun schon ein Sozialdemokrat gewählt, wo bleibt da der christliche Staat, dessen Fundamente krachen, wenn nicht etwas Energisches geschieht! Aehnlich werden jetzt einige Artikel der sozialdemokratischen Presse ausgebeutet zur Reklame für ein neues Ausnahmegesetz. Es ist das alte Lied! Nur, daß allmählich das Volk dahintergekommen ist, was es mit diesem Treiben auf sich hat. —

Bekanntlich wollte das Fürstentum Reuß ä. L. (das im Reichstage durch einen Sozialdemokraten vertreten ist) von der **Sedanfeier** nichts wissen. Darob ist die nationalliberale Presse ergötzlich ergrimmt. Die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung, die Beschützerin der Throne, schreibt z. B.: Der Bundesrat hat sich vornehm um dieses Ländchen nicht gekümmert. Aber um so mehr ist es Sache des deutschen Volkes, sich um diese beschämenden Verhältnisse zu kümmern. Was sollen die fremden Völker von einem Reiche denken, in dem allerlei kleine Gerngroße das Reich anbellen, im Vertrauen darauf, daß man sich nach kleinen Hunden nicht umsieht? Wenn Heinrich XXII. sich durch Mißachtung der unserem Volke als Unterpfand des Friedens und des Reiches heiligen Sedanschlacht in Gesellschaft von Bebel und Singer wohl fühlt, so mag man es ihm herzlich gönnen, aber welches Kapital werden daraus die Franzosen schlagen, daß deutsche regierende Fürsten sich benehmen wie Dr. Haas und Genossen? Wenn ein Sozialdemokrat so schriebe!! —

Die **Landtagswahlen in Sachsen** finden am 17. Oktober statt. Unsere sächsischen Genossen sind sofort in die Agitation getreten. —

Der Stadtverordnetenversammlung in Berlin ist eine Magistratsvorlage gemacht worden, 500 Mk. zu bewilligen als Beitrag zu den Agitationskosten des Ausschusses zur **Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals.** Der Magistrat hat auf Aufforderung des Ausschusses ein Mitglied in denselben delegiert und die betreffende Summe in den Vorjahren aus den ihm zur Verfügung stehenden besonderen Fonds bestritten. —

* * *

Belgien.

Meuterei in der Militärschule.

Infolge einer Untersuchung über ernste Meutereien in der Militärschule zu Brüssel hat der belgische Kriegsminister die Entfernung von sechs Zöglingen verfügt. Selbst in den Pflanzstätten des militärischen Gehorsams gährt es bedenklich. —

Italien.

Zum zweitenmal gesiegt.

Im fünften Wahlkreise von Mailand siegte der Sozialist Barbato, im zweiten Wahlkreise von Catania Defelice. Die Wahl von Barbato und Defelice ist bekanntlich annulliert worden, weil beide durch das Kriegsgericht wegen „politischer Umtriebe" zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Bei der Nachwahl siegten sie aber wieder. Und sie werden auch zum drittenmal siegen. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Deutschland.

* An die deutschen **Fabrikschuhmacher!** Vor ungefähr drei Wochen haben wir vor Zuzug nach Zwenkau gewarnt. Grund war indirekter Lohnabzug, der durch die Organisation und den festen Zusammenhalt der Arbeiter wieder beseitigt wurde. Abermals müssen wir die Aufforderung an die Kollegen und die Kolleginnen ergehen lassen, Zuzug hierher streng fernzuhalten. Durch Maßregelung 11 männlicher und 5 weiblicher Mitglieder des Vereins Deutscher Schuhmacher sind wir dazu gezwungen. Kollegen und Kolleginnen! Es steht die Organisation auf dem Spiele. Unterliegen wir in diesem Kampfe, so ist auf Jahre hinaus für den Verein jede Möglichkeit geschwunden, am hiesigen Orte wieder festen Boden zu fassen. Mit der Bitte um Unterstützung in diesem gerechten Kampfe und kollegialem Gruße die Gemaßregelten der Enkeschen Schuhfabrik. — Von den **Cementfabriken** in Lägerdorf und Umgegend werden von auswärts die Arbeiter scharenweise hergelockt. Von 56 erst kürzlich eingetroffenen Hamburger Arbeitslosen sollen schon wieder über 30 die Arbeit aufgegeben haben. Wie verlautet, werden wieder neue Scharen angeworben. Deshalb machen wir darauf aufmerksam, daß hier auf allen Fabriken die Verhältnisse traurige sind, daß viel versprochen wird, aber mancher am Zahlungstage sich getäuscht sah, daß hier ein Direktorenring existiert, der nicht duldet, daß Arbeiter, die auf einer Fabrik aufhören, auf einer anderen angenommen werden. Sämtliche Fabriken sind deshalb gesperrt. Vor Zuzug wird gewarnt. — Einen Generalstreik haben die **Steinbildhauer** Berlins in einer am Sonntag stattgehabten Versammlung in Aussicht genommen, indem sie folgendem Antrag unter namentlicher Abstimmung mit großer Majorität — 78 gegen 14 Stimmen — zustimmten: „Am Montag, den 2. d. ist den hiesigen Prinzipalen der Steinbranche die Forderung der siebenstündigen Arbeitszeit für die Steinbildhauer vorzulegen und bei Nichtbewilligung sofort in eine Arbeitsniederlegung einzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß der Streik nicht unter vier Wochen dauert." — Die **Faßfabrik** von Holst u. Fricke und der Böttchermeister A. Mattheß in Lübeck haben bewilligt. Ueber die Dohmsche Werkstatt ist von der Lohnkommission bis auf weiteres die Sperre verhängt. — In Hanau haben die **Diamantschleifer** ihre Forderungen nun auch in der letzten Fabrik, um die es sich noch handelte, durchgesetzt. —

Ausland.

In Stanislau in Galizien schlossen sich, wie wir dem Vorwärts entnehmen, dem Streik der **Gerber** am 31. August die Bäcker an. Die Zahl der Gerber und **Bäcker** beträgt zusammen etwa 400 Mann. Die äußerste Not treibt sie zum Streik. Die frommen jüdischen Ausbeuter haben ihren jüdischen Arbeitern für eine vierzehn- bis zwanzigstündige Arbeitszeit drei, vier und höchstens sechs Gulden wöchentlich bezahlt. —

Aus den Gerichtssälen.

§ **Stettin.** (Die Majestät beleidigt.) Einiges Aufsehen erregt hier die Verurteilung einer Klavierlehrerin Frl. Hedwig Jaede wegen Majestätsbeleidigung. Obgleich der Fall unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt wurde, weiß man allgemein, um was es sich handelte. Die Jaede, die sich großer Beliebtheit und des besten Ansehens erfreute, verkehrte im Jahre 1893 u. a. auch in der Familie K. hierselbst und damals, vor zwei Jahren, soll sie im Familienkreise in unbedachter Weise einmal Aeußerungen gethan haben, die als eine Beleidigung des Kaisers aufgefaßt werden könnten. Fräulein Jaede wurde später, als zwischen ihr und der Familie K. ein Zerwürfnis eingetreten war, wegen jener im Jahre 1893 gethanen Aeußerungen bei der Staatsanwaltschaft denunziert und von dieser in Anklagezustand versetzt. Ueber zwanzig Belastungs- und Entlastungszeugen wurden in der Verhandlung vernommen. Der Staatsanwalt hielt eine Majestätsbeleidigung für vorliegend und beantragte ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger hielt den Beweis nicht für erbracht, da die Angaben der Familie keinen vollen Glauben verdienten, und die Anzeige als ein Racheakt anzusehen sei. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte jedoch zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. —

Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

168]

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman
aus den Zeiten des deutschen Hansabundes
von A. Otto-Walster.

Scheu und argwöhnisch blickte Severin jeden an, der die Straße gegangen kam, als erwarte er von jedem eine Verhöhnung oder Beschimpfung. Und dann versank er wieder so ganz in seine düsteren Grübeleien, daß er förmlich aufschrak, als er sich plötzlich beim Durchgehen durch eine Twete von einem Mann in ländlicher Tracht angeredet hörte.

„Was wollt Ihr, wer seid Ihr?" fing er auffahrend.

„Mit Gunst, gnädiger Herr," erwiderte der Mann, „Ihr scheint mir nach Euren ganzen Aussehen ein Ratsherr oder Kommandeur in Braunschweig zu sein."

„Der bin ich, was solls, wer seid Ihr?"

„Mich sendet Herr Graf Friedrich v. Solms, Generalobrister der Hansestädte, da er kaum eine Tagereise von hier mit acht Cornet Reitern und acht Fähnlein Fußvolk steht. Derselbe hat mir ein Schreiben an den löblichen Rat mitgegeben."

„Wo habt Ihr das Schreiben?" rief Herr Severin in höchster Erregung und riß dasselbe dem Boten förmlich aus den Händen. Nachdem er sich überzeugt, daß niemand sie beobachtete, öffnete er den Umschlag und überflog den Inhalt mit fieberhafter Spannung.

Eine kleine Weile stand er still und dachte tief und reiflich nach, und als er die Fäden des in ihm entstandenen Gedankengewirres einigermaßen auseinandergelegt und wieder verknüpft hatte, barg er das Schreiben in seinem Wamse und fragte, indem er dem Boten tief in die Augen schaute, mit fest drohender Stimme:

„Ihr wißt, was in dem Schreiben steht?"

„Ja, man hat mirs gesagt, damit ich, wenn ich aus Kurzheit bei einem Zusammentreffen mit den Herzoglichen das Schreiben besser zu verstehen dächte, den Auftrag mündlich ausrichten könnte."

„So sage, was man Dir aufgetragen."

„Ich soll vermelden, daß Graf Solms bei Gifhorn angelangt sei und Verschanzungen der Herzoglichen in der Nähe erkundschaftet habe. Deshalb möge die Stadt die Verhaue beim Rastturme beseitigen und die Landwehren öffnen, damit er ohne Aufenthalt morgen früh einrücken könne. Zum Zeichen, daß dies alles geschehen, sollen dann heute Nacht Pechkränze auf dem St. Andreasturme angezündet werden."

„So ist es; Du bist vollkommen unterrichtet. Und nun höre, Mann: ich bin der Stadtlieutenant, der jetzt die Stelle des Stadthauptmanns Adriani, welcher vor einigen Tagen von den Herzoglichen getötet wurde, vertritt. So gehe denn jetzt nach dem Andreasturme, den Du dort siehst, und sage dem Türmer in meinem Namen und Auftrage, daß er heute Nacht Pechkränze auf dem Turme anzünden und weithin leuchten lassen soll. Du sagst ihm weiter nichts, hörst Du? Du weißt weiter gar nichts, als diesen meinen Auftrag, sprichst auch zu keinem anderen Menschen weiter ein Wort, weder auf dem Hin-, noch auf dem Rückwege, sondern begiebst Dich durch dasselbe Thor, es heißt das Petrithor, wenn Dus noch nicht wissen solltest, wieder zur Stadt hinaus. Du wirst mich beim Thore sehen, da legst Du, wenn jemand bei mir oder in der Nähe ist, nur den Zeigefinger der rechten Hand auf den Mund, zum Zeichen, daß alles in Ordnung ist; denn Du sollst wissen, daß der Herzog hier viele heimliche Anhänger und Spione hat, die den ganzen schönen Plan vereiteln könnten. Hier gebe ich Dir im Namen der Stadt zwanzig blanke Goldgulden, und wenn Du mit dem Grafen wieder in die Stadt kommst und alles glücklich abgelaufen ist, bekommst Du noch einmal soviel. Hast Du mich verstanden, willst Du alles getreulich ausrichten?"

„Vollkommen, gnädiger Herr, es soll auch kein Jota dann fehlen; ich bin, wie Ihr denken könnt, ein Mann, dem man großes Vertrauen zu schenken Ursache hat, sonst würde man mich nicht mit solchen hochwichtigen Aufträgen betrauen."

„Ganz recht, ganz gut, und es soll mich freuen, Euch wieder zu sehen. Aber jetzt eilt Euch, denn man soll uns nicht so lange beisammen sehen."

Der Bote grüßte kurz und eilte fort.

„So, nun ist es doch noch gut geworden," murmelte Herr Severin, indem er mit selbstzufriedenen Lächeln sich die Hände rieb. „Der Solms soll mir nicht in die Stadt. Das fehlte uns gerade noch, daß uns die hanseatischen Söldner hier über den Kopf wächsen. Ich werde Mittel finden, die Herzoglichen zu verständigen, daß sie dem Patron in die Flanke fallen, während er sich vergeblich bemüht, vorwärts zu kommen. Einen prächtigeren Anspruch auf die Dankbarkeit des Herzogs kann ich mir nicht erwerben. Ei, und dieser vermaledeite Stadtlieutenant wird es mit seinem ganzen Anhang und mit seiner Beliebtheit nun doch nicht zum Stadthauptmann bringen. Seine Laufbahn ist hier, und anderwärts so ziemlich auch, zu Ende, denn einen gröberen Fehler als den, den ich ihn hierdurch begehen lasse, kann es doch auf der Welt nicht geben. Nun ja, im Leben gleicht sich alles aus; eben gestürzt, und wie gestürzt! vom Gipfel meiner Hoffnungen, führt mich mein zufälliger Weg durch diese Twete, die ich nur einschlug, um den Gaffern aus dem Wege zu gehen, so blindlings dem Boten entgegen, und was meine besten, ausgedachtesten und ausgerechnetsten Pläne nicht ermöglichen konnten, das fällt mir so ganz unversehens in die Tasche."

In diesem Selbstgespräche kam Herr Severin weiter und bis zum Petrithore, wo er teilnehmende Genossen fand. Hier wartete er ein halbes Stündchen etwa, dann sah er den Boten von fern her kommen, der auch alsbald, von allen ungesehen, das verabredete Zeichen gab. Höchlichst vergnügt stellte sich der Ratsherr neben die Thorwache und rief, indem er sorglos mit der Hand winkte:

„Passiert!"

Die Wache nahm daraufhin auch weiter keine Notiz von dem Manne, sondern winkte gewohnheitsmäßig weiter nach dem äußeren Thore, und bewirkte damit, daß dem Boten auch dort kein Aufenthalt bereitet wurde.

So wars geschehen; ganz Braunschweig, mit Ausnahme der murrenden Gilden, war freudig erregt und zufrieden; Herr Severin war es auch.

(Fortsetzung folgt.)

Die Invaliditätskarte zurückbehalten.

Wegen Vergehens gegen das Invaliditätsgesetz kamen am Sonnabend die Kaufleute Gebrüder Cohn in Berlin vor das Schöffengericht. Die Angeschuldigten hatten am 5. Juni ihren Kommis plötzlich entlassen. Als der Letztere seine Arbeitskarte verlangte, wurde ihm bedeutet, daß sie im Gewahrsam der Kassiererin sei, welche sie nur gegen Zurückerstattung von 4 Mk., die der Kommis von ihr geborgt hatte, herausgeben würde. Der Kommis ging zum Polizeibureau und kehrte in Begleitung eines Schutzmannes nach dem Geschäft seiner früheren Prinzipale zurück. Auf Vorhalten des Beamten, daß keinem Arbeitgeber ein Zurückbehaltungsrecht an der Invaliditätskarte zustehe, wurde dieselbe sofort ausgehändigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten eine Geldstrafe von zehn Mark, der Gerichtshof beließ es mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit der Angeklagten bei einer Geldstrafe von je fünf Mark. —

Den Kameraden gedroht.

Die Strafkammer in Nürnberg verurteilte einen beim Streik in der Merschützschen Velozipedfabrik Beteiligten, der einen Kameraden durch Drohungen von der Wiederaufnahme der Arbeit abhielt und auch angriffsweise vorging, zu drei Monaten und drei Tagen Gefängnis. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 3. September 1895.

— **Der „große Tag" ist vorbei**, das Gewünschte ist zum Schrecken der Bourgeoisie nicht eingetroffen, nun wird die herrschende Klasse es mit dem Katzenjammer zu thun haben. Trotzdem ein Teil der Fabriken geschlossen waren — die großen Metallfabriken waren alle geschlossen —, trotzdem also die vielen tausend Arbeiter auf die Straße gejagt worden waren, beteiligten sich an der bürgerlichen Feier nicht viele Arbeiter. Am gestrigen Vormittag standen wohl auf den Bürgersteigen des Alten Marktes Arbeiter; aber was für welche! Es war viel Lardvolk, die Halbwelt und sehr viel junges Volk; die Majorität der daselbst angesammelten waren Frauen und junge Mädchen. Wo war aber der Kern der Arbeiterschaft? — Wie bei allen Sachen, zieht es die „bessere Gesellschaft" stets vor, sich vom „Pöbel" zu sondern. So waren denn gestern vormittag die „Besseren" nur auf dem Breitenwege und die „Niederen" auf dem Alten Markte anzutreffen. Das ist die Signatur des Klassenstaates. Beim Hurraschreien allerdings ist die Arbeiterstimme dem Bourgeois lieb, dann aber hat das Lied sein Ende. Das stupide Volk aber erkannte diese Scheidung nicht, es war zu stumpfsinnig, der Kapitalismus hat es zu sehr degeneriert und ihm die Säfte der Nerven geraubt. Das indifferente Arbeitervolk jauchzte mit seinen Unterdrückern gemeinsam und war beim Klange der Militärmusik hypnotisiert. Doch meist Neugierde zog es hin, weniger die Ueberzeugung, daß unser Staat ein „Ordnungsstaat" ist. Von außen war jener Staat gestern fein dekoriert, aber im Innern ist der Ludergeruch. Wer derartige Feste jahrelang beobachtet hat, wird wissen, daß sie an innerem Gehalte und an äußerem Gepränge von Jahr zu Jahr abnehmen, daß das Volk immer mehr seine Klassenlage erkennt und sich von jenen bürgerlichen Festen fernhält. Wir haben das Aufklärungswerk weiter zu betreiben, damit eine Zeit kommt, wo derartige Feste unmöglich sind.

— **Eine Illustration des gleichen Rechts** war die gestrige Sedanfeier. Uns Sozialdemokraten sind bisher alle Umzüge verboten worden, den bürgerlichen Elementen hingegen werden sie gestattet. Wenn wir aufziehen wollen, soll die öffentliche Ruhe und Ordnung in Gefahr sein, bei den Aufzügen der Gegner hingegen nicht. Ob man annimmt, daß unsere Umzüge durch „ordnungsliebende" Knüppelhelden gestört werden und dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung in Gefahr gebracht wird? Und entgegengesetzt muß man annehmen, daß wir als friedliebender angesehen werden, daß unsere Gegner uns mehr Ordnungssinn zuschreiben und der Ansicht sind, daß wir nicht eine Hand rühren, um den bürgerlichen Aufzügen Leid anzuthun. Aber verletzend für unser Rechtsgefühl ist doch, daß man uns Steuerzahlern das nicht gestattet, was man den übrigen gestattet. —

— **Trotz polizeilichen Verbots**, trotz ergangener Warnungen haben es doch viele Eltern nicht fertig gebracht, soviel Stärke zu besitzen, ihren Kindern das Geld für Feuerwerkskörper und ähnlichen Sachen zu verweigern. So ist es denn auch gekommen, daß hie und da der Unfug blühte und sogar Menschenleben in Gefahr gebracht wurden. Im Kaisergarten brannte Sonntag nachmittag ein dreijähriges Mädchen lichterloh. Es hatte bengalische Streichhölzer abgebrannt und dabei fingen die Kleider Feuer. Eine Frau und ein Kellner retteten das Kind vor dem sicheren Tode. Es hat Verletzungen am rechten Arm und im Gesicht davon getragen. Auch auf dem Faßlochsberge hätte leicht ein solches Unglück passieren können. Daselbst warf Sonntag abend ein Bursche einer Frau einen brennenden Feuerwerkskörper auf den Rücken. Die Taille fing Feuer und wäre dasselbe nicht sofort bemerkt worden, hätte die Frau schweren Schaden leiden können. Für solche Gassenbubenstreiche machen wir in erster Linie die Eltern verantwortlich, die in ihrer Stumpfsinnigkeit und im Schlendrian nicht die Kraft besitzen, ihren Kindern streng alles zu verweigern, was zu solchem Unfug verwendet werden kann. —

— **Fort mit den Privat-Stellenvermittlungs-Bureaus!** Ein schreiender Mißstand im wirtschaftlichen Getriebe ist die z. T. haarsträubende Aussaugung der Arbeitslosen durch die Gesindevermietungs-Bureaus. Nicht zum ersten Male weisen wir darauf hin, daß die Stellenvermittler den Arbeitslosen den letzten Pfennig aus der Tasche locken, wo doch die Aermsten kaum wissen, wo das Geld sie hernehmen sollen. Es ist schon viel über die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines städtischen Arbeitsamtes gesagt und geschrieben worden — doch vergebens. Magdeburg kann sich nicht dazu verstehen, ein solches Amt zu errichten. Unsere Behörde hat nur einmal von einem solchen gesprochen und dann ist die Errichtung desselben auf ewig vertagt. Es ist jedoch die Möglichkeit vorhanden, daß unter der Leitung des neuen Herrn Bürgermeisters ein Arbeitsamt errichtet wird, denn er ist ja ein Freund desselben. In Erfurt ist die Errichtung des städtischen Arbeitsamtes s. Z. von Herrn Schneider angeregt worden. Allerdings war er dagegen, daß das Amt dem Gewerbegericht, dessen Gesamtzahl der Beisitzer zu mehr als zwei Dritteilen Sozialdemokraten in sich schließt, unterstellt werde. Er war der Ansicht, daß die große Zahl der Sozialdemokraten in der Leitung des Amtes dann die Unternehmerschaft verhindern könnte, das Amt zu benützen. Genau dieselben Vorurteile hatten unsere Magdeburger „gutgesinnten" Bürger vor der Errichtung des Gewerbegerichts. Dasselbe besteht jetzt bereits zwei Jahre und haben sich bisher die pessimistischen Voraussagungen nicht im geringsten erfüllt. Im Gegenteil hat sich das „sozialdemokratische" Gewerbegericht — die Beisitzer sind bekanntlich alle Sozialdemokraten — in den Augen der Gegner Anerkennung erworben. Solche Argumente ziehen hier allerdings nicht mehr. In Erfurt liegt jetzt die Ueberwachung des Arbeitsamtes in den Händen einer Kommission, die vom Magistrat bestimmt ist und in der auch einige Sozialdemokraten sitzen. In dieser Beziehung ist also unser Oberbürgermeister nicht so parteiisch vorgegangen, als es andere Personen stets thun. Der Streikparagraph ist jedoch im Statut des Erfurter Arbeitsamtes nicht zu finden. Sollte jedoch hier die Unkostenfrage eine Rolle spielen, dann wäre auch diese hinfällig, denn wenn die Stadt ca. 10 000 Mk. für Sedanfeste, ebenso viele Mark für Bismarckfeiern, oder 3000 Mark pro Jahr für Reitervereinsvergnügungen auswerfen kann, darf niemand sagen: Magdeburgs Gemeindesäckel könne die Unkosten nicht tragen. —

— **Zum Stellenvermittlungsunwesen.** In bürgerlichen Zeitungen empfiehlt sich „Reuters Bureau für Stellensuchende des Handels- und Lehrfaches, der Land- und Forstwirtschaft." Ein Stellensuchender wendete sich an jenes Bureau und erhielt einen gedruckten Brief folgenden Inhalts: „P. P. Gegen Einsendung von 1 Mark 10 Pfg. in Briefmarken werden wir Ihnen umgehend die bestehenden Bedingungen unseres Instituts, sowie das dazu gehörige Formular franko übermitteln. Hochachtungsvoll Reuters Bureau, Dresden, Permoserstr. 6." Nachdem der Arbeitslose die 1,10 Mark eingesandt hatte und hoffte, Stellung zu erhalten, erhielt er noch einen weiteren Brief folgenden Inhalts: „Werter Herr! Antwortlich Ihres Geehrten sind wir gern bereit, Ihnen zur Erlangung der gewünschten Stellung behilflich zu sein, falls es Ihnen beliebt, nach den bestehenden Statuten unseres Instituts, zur Deckung aller vorher entstehender Unkosten, eine Gebühr von **sechs Mark** an uns einzusenden und sich zur Bezahlung des im Revers — den Sie gefl. unterzeichnen und mit den Gebühren umgehend an uns zurücksenden wollen — ausgesprochenen Honorars zu verpflichten. . . . Indem wir Ihnen anheim stellen, die bereits gesandte 1 Mark von den einzusendenden Gebühren zu kürzen, zeichnet usw." Und was besagt dieser Revers? Man höre: „Revers. Hiermit verpflichte ich mich, nachdem ich durch Reuters Bureau in Dresden eine Stelle erhalten habe, demselben **zwei Mark vom Hundert meines ersten Jahresgehalts** als Provision bar auszuzahlen." In Anbetracht solcher Handlungen, die wir zur Lehre für unsere Leser veröffentlichen, muß sich doch jeder sagen, daß die Errichtung der Arbeitsämter in allen Orten von nöten ist. —

— **Einen Verstoß gegen die Sonntagsruhe** ließ sich, wie uns seitens der Kontrollkommission des Vereins der Handels-Hilfsarbeiter mitgeteilt wird, die Firma Lublin, Kaiserstraße, zu Schulden kommen. Daselbst waren in der Zeit von 9—11 und 2—3 Uhr Personen mit dem Dekorieren der Schaufenster beschäftigt. Die Kommission beabsichtigt, diesen Fall der Behörde zu übermitteln, damit den kaufmännischen Angestellten genannter Firma die gesetzliche Sonntagsruhe unverkürzt zu teil wird. Selber dafür einzutreten, bekommen die Angestellten nicht fertig, da sie unorganisiert sind und somit machtlos. —

— **Auf den Hund gekommen** sind einige Hurrapatrioten, denn das bewiesen sie am Montag morgen, als sie mit bekränzten Hunden den Breiteweg entlang spazierten. Einige Krüppel, die sich durch den Verkauf von Streichhölzer nähren, sahen sehr neidisch auf die gut gepflegten Tiere. Nun ja: diese Hundebesitzer werden bald noch vom Hund auf den Schwanz kommen. —

— **Eine totale Mondfinsternis** findet am Morgen des 4 September statt. Die Erscheinung beginnt um 4 Uhr 59,8 Minuten am linken unteren Rande der Mondscheibe. Der Mond steht um diese Zeit auch im westlichen Deutschland schon sehr tief. Darum geht der Eintritt der Totalität, um 6 Uhr 6,3 Min., für Deutschland verloren; man wird die Mitte der Finsternis um 6 Uhr 57,2 Min., das Ende der Totalität 7 Uhr 47,7 Min. und das Ende der Finsternis überhaupt 8 Uhr 54,3 Min. beobachten können. —

— **Zur Thätigkeit der Feuerwehr.** Am Sonntag abend kurz nach 8¼ Uhr wurde die Feuerwehr vom Polizeirevier Annastraße telephonisch allarmiert. An der im Bau begriffenen Kirche der Wilhelmstadt war durch Werfen von Feuerwerkskörpern etwas Stroh in Brand geraten. Ein Kommando der Feuerwehr beseitigte weitere Gefahr. — Am Sonntag abend gegen 10¾ Uhr brach in einem Stallgebäude des Fuhrherrn Kraatz Lorenzerweg Nr. 2 Feuer aus. Die gesamte Hauptfeuerwache sowie die Feuerwache Neustadt wurden allarmiert und gelang es den vereinten Kräften derselben, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und das aus Holz aufgeführte Stallgebäude zum größten Teile zu erhalten. Die darin untergebrachten 15 Gespann Pferde konnten noch rechtzeitig herausgeführt werden. Die Feuerwehr war mit einer Dampfspritze und acht Schlauchlinien bis heute morgen gegen 4 Uhr mit dem Ablöschen bezw. den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. —

Ein Beitrag zur kaufmännischen Stellenvermittlung.

Wie entnervt die in Harmonie machenden Handlungsgehilfenvereine sind, haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten nachzuweisen schon Veranlassung gehabt. Aber überraschend dürfte ein Schriftstück auch unseren Lesern sein, das ein kaufmännischer Verein an die Prinzipale zwecks Beantwortung gestellter Fragen versendet. Welchen Namen solch ein Machwerk verdient, bedarf keiner weiteren Erläuterung, dies ergiebt sich aus der Sache zu unmittelbar. Das gedruckte Formular lautet:

Nr. . . . Verein Merkur
Kaufmännischer Verein Nürnberg
(Anerkannter Verein.)
Auskunft

von Herrn . . . . . .
über den Bewerber Herrn . . . . . .
von
abgesandt Nürnberg am . . . . . 189 .
Die nachfolgende Auskunft ist **ohne Präjudiz** gegeben.)
(Diese beiden Worte sind mit starker Schrift hervorgehoben.)

1. Bei wem war der Angefragte, bevor er zu Ihnen kam?
2. Wie lange und wann war derselbe in Ihrem Geschäfte thätig?
3. Mit welchen Arbeiten war derselbe vorzugsweise betraut?
4. Wurden die Arbeiten zu Ihrer Zufriedenheit ausgeführt? (Wenn nicht: weshalb nicht?)
5. War das Betragen des Angefragten zu Ihrer Zufriedenheit? (Wenn nicht: weshalb nicht?)
6. Weshalb verließ oder verläßt derselbe seine Stelle bei Ihnen?
7. Wie ist der Charakter des Angefragten? Ist Ihnen in dieser Hinsicht etwas Nachteiliges bekannt?
8. Für welche geschäftliche Thätigkeit dürfte sich der Angefragte vorzugsweise eignen?
9. Sonstige Bemerkungen (über Verwandschaft, Alter, Salair ꝛc.).

(Ort) . . . . . ., den . . . . . 189 .

Unterschrift.

Eine Kritik des Schriftstückes ist unseres Erachtens vollständig überflüssig; die Macht der Prinzipale, die es in der Hand haben, ihnen unbequeme ehemalige Gehilfen stellungslos zu machen, ist hier augenscheinlich. Daß im übrigen die Harmonieduselei zu solchen Erscheinungen führen mußte, ist für jeden halbwegs Einsichtigen klar. Die Handlungsgehilfen aber haben die Macht, darauf die richtige Antwort zu geben: indem sie in Massen diese — überall gleichen — kaufmännischen Vereine verlassen und dafür sich eigene Kampfesorganisationen schaffen.

* * *

Halle. (Vom Schlachtfeld der Arbeit.) Am 1. d. M., abends, verunglückte auf dem hiesigen Bahnhofe der Wagenschieber Wolmey beim Rangieren der Wagen. Das rechte Bein wurde ihm über dem rechten Knie abgefahren. Am Sonnabend wurde einem anderen Wagenschieber der linke Arm abgefahren. Er war bei einer Centralweichenstelle von der Eisenplatte abgerutscht. —

Halle. (Eine große That.) Je ein Zwanzigmarkstück haben die Veteranen von 1870, die in der Zuckerraffinerie am Bahnhofe beschäftigt sind, erhalten. Das ist sehr schön; die Arbeiter erhalten damit wenigstens einen ganz kleinen Teil der Summen zurück, die Herr Dr. v. Lippmann als Unternehmer jahraus, jahrein als Mehrwert aus ihrer Arbeitskraft zieht. —

Zeitz. (Ein Musterarbeiter.) Der Volksbote hatte unter der Spitzmarke „Risiko der Arbeit" gemeldet, daß ein Arbeiter verunglückt sei. Daraufhin ließ der Betreffende im Anzeiger folgendes Inserat los:

„In Erwiderung auf den Bericht des Volksboten
in Nr. 103
Risiko der Arbeit
habe ich niemanden beauftragt, über mein Risiko zu berichten, überhaupt den Unfall noch zu entstellen, und möchte ich mir verbitten, meine Angelegenheiten zu veröffentlichen.
Gustav Suthau, Zeitz."

Siehste Nauke, da hast du die Pauke. —

* * *

Danzig. (Ein Schooner gesunken.) Wie die Danziger Zeitung meldet, ist bei Rixhöft ein unbekannter Schooner gesunken. Drei Mann der Besatzung sind ertrunken. —

Köln. (Milde Stiftung.) Der Besitzer der Kölnischen Zeitung, Reven-Dumont, hat anläßlich der Sedanfeier 60 000 Mark gestiftet. Mit diesem Kapital soll eine Witwen- und Waisenkasse für die Arbeiter der Druckerei gegründet werden. —

Partei-Nachrichten.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Nachdem es den Berliner Arbeitern unmöglich gemacht wurde, in öffentlicher Versammlung ihren Abscheu gegen allen Chauvinismus und alle Kriegshetzerei auszusprechen, haben die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei Berlins nachstehende Sympathiekundgebung an den Vertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie in Paris gesandt, um sie von diesem unseren französischen Parteifreunden übermitteln zu lassen:

N. N

Am 25. Jahrestag der Schlacht von Sedan senden, als Protest gegen Krieg und Chauvinismus, den französischen Genossen Gruß und Handschlag. Hoch die Völkersolidarität!

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins.

Die vorstehende Sympathiekundgebung der Berliner Vertrauensmänner an unsere französischen Parteigenossen erinnert uns an eine Kundgebung der letzteren, welche kurz vor Ausbruch des Krieges auf Anregung der französischen Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation, mit tausenden von Unterschriften bedeckt, an die deutschen Arbeiter gerichtet wurde. In dieser Kundgebung, die ein flammender Protest gegen den Krieg, den Urhebern, wie üblich, den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit einbrachte, hieß es:

„Der Krieg für eine Frage des politischen Uebergewichts oder für dynastische Interessen ist in den Augen der Arbeiter nur mehr eine verbrecherische Absurdität. In Beantwortung der kriegerischen Rufe, welche von denen ausgehen, die stets die Blutsteuer erhöhen und in dem öffentlichen Unglück eine Quelle für neue Spekulationen finden, erheben wir, die wir den Frieden, die Arbeit und die Freiheit wollen, Protest. Wir protestieren gegen die systematische Zerstörung der menschlichen Rasse, gegen die Plünderung des Volksvermögens, das nur dazu dienen soll, den Boden und die Industrie zu befruchten, gegen die Vergießung des Blutes, das zur verabscheuenswerten Befriedigung der Eitelkeit, der Eigenliebe, des verletzten monarchischen Ehrgeizes dahin gegeben wird. Mit aller Energie erheben wir Protest gegen den Krieg als Menschen, als Arbeiter, als Bürger. Der Kampf weckt nur wilde Instinkte und Nationalhaß, er ist das versteckte Mittel der Regierenden zur Unterdrückung der öffentlichen Freiheit. Der Krieg ist die Zerstörung des Reichtums, welches das Resultat unserer täglichen Arbeit ist.

Deutsche Brüder! Im Namen des Friedens höret nicht die Stimme der bezahlten oder servilen Federn, welche Euch über den wahren Geist Frankreichs zu täuschen suchen. Bleibt taub bei den unsinnigen Provokationen, denn Krieg zwischen uns würde Bruderkrieg sein. Bleibt ruhig, wie es ein tapferes und beherztes Volk bleiben kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheins den Triumph des Despotismus fördern."

Das war die Sprache unserer französischen Genossen vor dem Kriege, das ist noch ihre Gesinnung heute, 25 Jahre nach dem Kriege, und in dieser Gesinnung wissen wir uns mit den französischen und mit den Gesinnungsgenossen der ganzen Welt einig und davon wird uns kein noch so tobsüchtiges „nationales" Hetzen und Schreien abbringen. Fort mit Krieg und Kriegsgeschrei! Hoch die Völkersolidarität! —

* * *

Ein Trinkspruch.

Bei dem Paradediner im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin sagte der deutsche Kaiser nach dem W. T.-B. folgendes: „Doch in die große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört! Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun denn, so rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schaar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen." — Die Bestätigung dieser Rede bleibt abzuwarten. —

* * *

Protest gegen die Kriegsfeier in Magdeburg

legte gestern das klassenbewußte Proletariat ein. In drei imposanten Volksversammlungen wurde Einspruch erhoben gegen die chauvinistischen Feste; das Proletariat, soweit klassenbewußt, verabscheut jede Völkerhatz und wird stets danach streben, immer mehr Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern für den Kampf um Freiheit und Brot zu gewinnen. Daß diese Arbeit nicht vergebens ist, beweist die stete Zunahme derjenigen, die sich fern hält von allem, was von der ausbeutenden Klasse ausgeht. Mit Hochdruck arbeitete die Bourgeoisie, um durch das Sedanfest die schreiende Ungerechtigkeit zu verschleiern, um eine „Versöhnung" zwischen Unterdrückern und Unterdrückten herbeizuführen. Die ertrinkende bürgerliche Gesellschaft greift zum Strohhalme! Der Kern des Proletariats hört nicht mehr auf den bürgerlichen Sirenengesang, traut der herrschenden Klasse nicht mehr. Die gestern abend in den Sälen Germaniapark, Zerbster Bierhalle und Weißer Hirsch stattgefundenen, stark besuchten Volksversammlungen legten Zeugnis ab von dem, was vorn behauptet ist. Das, was die Kölnische Volkszeitung als „den Gipfel der Erbärmlichkeit" hielt, ist eingetroffen: der Krieger Wilh. Klees hat referiert zur großen Freude der Versammelten. Außer ihm referierten noch in der Zerbster Bierhalle Genosse Gärtner und im Weißen Hirsch Albert Schmidt. Alle Referenten verstanden es, klarzulegen, warum die Bourgeoisie solche Feste feiert und warum unsere klassenbewußte Arbeiterschaft sich von diesen zurückzieht. Die Beifallskundgebungen, die z. T. sehr stürmisch waren, bezeugten, wie sehr die Vortragenden die Herzen der Versammelten gewonnen hatten und wie gerecht unsere Haltung war. Proletarier! Lasset uns weiter rüstig arbeiten, unermüdet kämpfen, damit die Scheidung zwischen Reich und Arm mehr vor sich geht zum Nutzen des arbeitenden Volkes. —

Montag abend tagt im Saale der „Friedrichslust" die **Parteiversammlung der Sozialdemokraten Magdeburgs.** Es soll Beschluß gefaßt werden über das Agrarprogramm. Referent ist Genosse Albert Schmidt. Auch sind die Delegierten zur Kreisversammlung und zum Parteitage zu wählen. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlung rege zu agitieren. — Die Münchener Parteigenossen verbreiteten am 2. September ein **Flugblatt,** das sich gegen den cäsarischen Charakter der Siegesfeste wendete und mit den Worten schloß: Nieder mit dem Militarismus! Nieder mit dem Krieg! Hoch der Friede. — Auch in Halle a. S. ist ein Flugblatt **gegen die Sedanfeier** prompt und schnell verbreitet worden. —

Zu Ehren St. Sedan.

Der Schedewitzer Konsumverein hatte zu Ehren des St. Sedan das Hauptgeschäft und sämtliche Filialen von mittag 1 Uhr ab geschlossen. Der Vorsitzende, Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion J. Seifert, der bekanntlich 1870 auch mit im Felde stand, stellte den Antrag auf Schließung der Geschäfte im Aufsichtsrat und er brachte ihn auch durch. Die Majorität des Aufsichtsrats hat dadurch bewiesen, daß sie nicht nur unparteiisch handeln, sondern auch patriotisch fühlen kann.

Lieb' Vaterland kannst ruhig sein.
Der Seifert hält die Wacht am Rhein.

Bestrafungen, Verfolgungen ꝛc.

Die in Berlin auf den 2. September angesetzten **sozialdemokratischen Versammlungen** sind auf Anordnung des Ministers des Innern verboten worden. Warum? Anderenorts, z. B. in Magdeburg, haben gleichfalls drei Versammlungen getagt, die, obwohl stark besucht, ruhig und würdevoll verliefen. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Hiesige Blätter melden: die sozialdemokratischen Protestversammlungen anläßlich der Sedanfeier seien in ganz Preußen polizeilich verboten worden. Das ist nicht wahr! —

Quittung.

Für die Familien der im Essener Meineidsprozeß Verurteilten gingen ein: Bei G. B. in Buckau 4,00. — Amerikanische Auktion bei Kohl 3,00. — Von Mordspatrioten zur Sedanfeier 1,50. — Von W. und E. B. Weststraße 1,50. — Die dicke Leh. 0,50. — A. E. Buckau 1,00. — Im Germaniapark geschenkt erhalten am 2. September 8,36. — H. Sch. Buckau 0,30. — Sol. Buckau 0,30. — A. F. 0,30. — Lederarbeiter 10,00. — Krakauer 1,00. — Unbekannt Buckau 0,25. — Weidenstraße 0,15. — Vom roten Reisenden 3,00. — Von Genossen in der Ringstraße 0,40. — Von 4 Lederarbeitern der alten Neustadt 1,13. — Ein Vater von sechs Kindern 0,50 Pf. — Ueber Gerechtigkeit nachdenkende Tischler in Neustadt 5,00. — Bochum und Genossen 1,60. — Ein ergrauter Genosse 1,00. — Sudenburger Kegelklub 1,00. — A. S. 1,00. —

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Gedenket der Opfer der Reaktion, gedenket der im Gefängnis schmachtenden Genossen, gedenket deren Weiber und Kinder!

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen ꝛc.

Die sozialistisch-gesinnten **Frauen der Alten Neustadt** treffen sich Donnerstag abend im kleinen Saale der Goldenen Krone, Moldenstraße. Für den Besuch der Versammlung wollen alle Leser der Volksstimme agitieren. —

Freie Religionsgesellschaft. Die monatliche Gemeindeversammlung findet am Mittwoch, den 4. September, abends pünktlich um 8½ Uhr im Gemeindehause, Marstallstraße 1, statt. —

Briefkasten.

R. u. A. Von dem Vertrauensmann wird uns mitgeteilt, daß künftig Montags politische Versammlungen nach Möglichkeit nicht wieder einberufen werden. Der Montag soll lediglich der Pflege der gewerkschaftlichen Bewegung ausgenutzt werden. Sie wollen Ihren Freunden diese Mitteilung unterbreiten. Eine Aenderung war um deswillen nicht mehr möglich, da die Versammlung vom Vertrauensmann bereits vor längerer Zeit geplant und das Lokal bestellt war. Gruß. — **H. M., F.** Die Quittungskarte der Alters- und Invaliditätsversicherung wird ungültig, wenn sie nicht umgetauscht bezw. zur Aufrechnung eingereicht worden ist, bevor das 3. Jahr, welches dem am Kopfe der Karte verzeichneten Jahre folgt, verstrichen ist. Irrtümlich wird vielfach angenommen, der Umtausch habe erst dann zu erfolgen, wenn sämtliche 52 Felder der Karte mit Marken beklebt seien, und die Inhaber der Karten glauben irrtümlich, daß sich die Bestimmungen über den Eintritt der Ungültigkeit nur auf diese Kategorie von Quittungskarten bezögen. Bei der Stellung von Rentenanträgen würden die Besitzer solcher ungültig gewordener Karten Schaden haben, da die durch die Karten bescheinigten Beitragszahlungen bei der Rentenberechnung nicht in Ansatz gebracht werden, und die Rente deshalb einen geringeren Betrag ausmacht. Um die Versicherten vor solchem durch das Versäumen des Umtausches der Karte erwachsenen Schaden zu bewahren, ist es den Versicherungsanstalten gestattet, die weitere Gültigkeit einer verspätet eingereichten Quittungskarte auf den Antrag des Inhabers derselben zu bestimmen, wenn der Inhaber nachweist, daß der Umtausch nicht durch sein eigenes Verschulden unterblieben ist. Der Antrag auf Gültigkeitserklärung ist schon hinreichend begründet, wenn der Antragsteller mit den einschlägigen Bestimmungen nicht vertraut war und dadurch die Einreichung versäumte. Die Karte muß schleunigst nebst dem Antrag an die zuständige Ortsbehörde eingereicht werden. — **A. W., N.** Erschöpfende Antwort nur bei genauer Angabe des Streitstandes möglich. Die Andienung braucht nicht ultimo zu erfolgen; Andienung an jedem Tage des nächsten Monats von besonderen Umständen abgesehen zulässig. Bei vorheriger erfolgloser Androhung zulässig, falls dann die Lieferung nicht alsbald erfolgt. Rücktritt vom Vertrage zulässig. Lesen Sie Art. 355 Handelsgesetzbuch. — **G. R.** Sie dürfen den Betrag nicht einziehen. — **M. W.** Der Beamte ist, sobald sie ihn zur Hilfeleistung anrufen, verpflichtet, Ihnen diese Hilfe angedeihen zu lassen. —

Färberei und chem. Reinigung.

Kleid gereinigt . . . . . 1.50 Mk.
Jackett, Hose, Weste gereinigt . . . . . 1.50 Mk.
Kinder-Garderobe äusserst billig.
Kleid gefärbt in allen Farben . . . . . 1.50 Mk.
Zertrennte Kleider werden auf neu appretiert.

L. Bansleben 1411
Schildergasse Nr. 2/3. Lödischehofstraße Nr. 17.

400 **Schuhfabrik und Lager**
von
Ww. Meyer Nachf. R. Reichelt
25 Tischlerbrücke 25
empfiehlt sein großes Lager **fertiger Schuhwaren.**
Bestellungen nach Maß, sowie Reparaturen
sauber und schnell bei billigsten Preisen.
NB. Führe nur ein sehr solides Fabrikat und übernehme für jede bei mir gekaufte Ware die gewünschte Garantie.

Wegen der hohen Butterpreise
offeriere ich als Ersatz
feinste Sahnen-Margarine Pfd. 70,
feine Pfd. 65, 60, 55, 50 Pfg.
Hamburger Schmalz Pfd. 48 Pf., 2 Pfd. 90 Pf.
V. Warzonski, Schönecketstraße 14, Breiteweg 219. 1460

Geschäfts-Eröffnung.
Um dem Wunsche meiner Kunden nachzukommen, habe ich mich entschlossen,
Ottenbergstraße 10
im Hause der Frau Witwe Müller ein **Ladengeschäft** zu eröffnen. Daselbst kommt täglich sämtliches **frisches Gemüse,** sowie ein reichhaltiges Lager von verschiedenen **Blumen** aus meiner Gärtnerei zum Verkauf. Bringe meine **Kranzbinderei** in gefl. Erinnerung. Kränze von 50 ₰ an.
Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen gütigst zu unterstützen, zeichne
Achtungsvoll
F. Schinnerer
1457 **Handelsgärtnerei, Bouquet- und Kranzbinderei**
Ottenbergstraße 10.

Nur für 9 Mark
lernen Damen das Schneidern und Maßnehmen gründlich erlernen. Jede Dame arbeitet für sich selbst. Schnittmuster von 10—50 Pf. Frau Nela Raecke, Bismarckstraße 28, p. l. 1371

Wickelmacherin
gesucht Werder, Weidenstr. 1, part. l.

Blumenbeilstraße 10 freundl. Wohnungen zu 330, 165, 150 M zum 1. Oktober. 1419

Homöopathie!
Langjährige praktische Tätigkeit bei dem berühmten homöopathischen Arzt **Dr. med. Volbeding** in Düsseldorf setzt mich in den Stand, meine Patienten in genau der gleichen Weise zu behandeln, wie dies durch Dr. V. geschieht.
Meine Heerst großartigen und sensationellen Erfolgen bei sämtlichen veralteten Krankheiten, als: Frauenleiden, Lungen-, Magen-, Leber- und Nierenleiden, Gicht, Fallsucht, Krampfadergeschwüren, Nervenleiden, Skrophulose, Ausschlägen, Augenleiden, sowie allen Geschlechtsleiden zeugen von der Vorzüglichkeit der von mir angewandten Heilmittel. Selbst die verzweifeltsten Krankheiten sind in den schwersten Fällen noch heilbar.
Visser, homöopath. Prakt.
1030 **Magdeburg, Jakobstraße 3.**

1450 **Grosse Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung**
des Magdeburger Gartenbau-Vereins
im Nordfrontgelände.
Eintrittspreis 50 Pfg. **Dauerkarten 3 Mk.** Nachmittags und abends **Konzert.** Abends **elektrische** Beleuchtung. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 11 Uhr abends. **Gute Restaurationen** auf dem Ausstellungsplatze vorhanden. Offizieller Katalog 30 Pfg.

Geschichte der Kommune von 1871.
Von **Lissagaray.**
Zweite vom Verfasser durchgesehene Auflage.
Illustrierte Ausgabe.
Komplett in 12 Heften à 20 Pfennig. Geb. 5.50 Mk.
Diese Ausgabe in Lieferungen entspricht einem vielfach geäußerten Wunsche. Dem Werke sind die Portraits von Delescluze, Ferré, Flourens, L. Michel, Elisée Reclus, Courbet, Vermorel, Dombrowsky, Millière, Varlin, Jourde, Rigault, Assy, Grousset und Trinquet beigegeben; ferner an historischen Bildern: die Rache der Versailler — Die Erschießung der Generale Thomas und Lecomte — Die Proklamierung der Kommune — Die ersten Verwundeten der Föderierten — Die Föderierten an der Porte Maillot — Sturz der Vendomesäule — Das brennende Paris — Aus den letzten Stunden der Kommune — Gallifet läßt auf dem Marsche nach Versailles Gefangene erschießen — Die Föderiertenmauer auf dem Père la Chaise.
Die Buchhandlung der Volksstimme.

Frauen-Versammlung
in der Alten Neustadt.
Donnerstag, abends 8½ Uhr, im kleinen Saale des Gesellschaftshauses Zur goldenen Krone (Moldenstraße)
Vortrag des Genossen Albert Schmidt.
Um recht zahlreichen Besuch ersucht
Die Einberuferin.

Möbel! Möbel!
1155 **gegen Kasse**
billiger wie jede Konkurrenz.
L. Hellge, Tischlermeister
Buckau, Gärtnerstr. 11.

1395 **Zum Naturheilverfahren**
empfiehlt Kneipp-, Sitz- und Fußbadewannen, Badestühle m. Heizvorricht., Dampfschwitz- und Dampfkuchenapparate von 3 Mark an, sowie sämtliche anderen Badeartikel sind billigst zu haben und zu verleihen bei
Heinrich Schmidt
Klempnermeister
Große Münzstr. 9, Ecke Kurzestr.

F. Bey, J. E., Lauchstädterstr. 74/75. Schule.

Ein einfach möbliertes Zimmer für eine Frau mit 2 Kindern zum 1. September gesucht. Angebote in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Breiteweg 89|90
kauft jeder seinen Bedarf an
Möbeln
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Dunkle Bettstellen m. Meinratzen, 40 und 45 Federn, zu 28 und 30 Mk., Divan von 28 Mk. an, dunkle Kleiderschränke von 26 Mk. an, außerdem elegante Kleiderschränke und Vertikows von 48 Mk. an, Küchenschränke von 20 Mk. an, Anrichten mit starkem Zinkeinsatz 18 Mk., sowie Spiegel, Tisch, Stühle zu außergewöhnlichen billigen Preisen.
Jeder Käufer erhält sein Fahrgeld wieder zurück.
Georg Mook
nur
Breiteweg 89|90
direkte Haltestelle der
1366 Pferdebahn.

W. Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch
Siebente Auflage.
Neu bearbeitet, berichtigt u. vermehrt
komplett in 13 Heften, à Heft 20 Pf.
gebunden 3.20 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volksstimme, sowie sämtlichen Kolporteuren.

Großer Posten getragener Arbeiter-Röcke 1456
à Mk. 1.50, zu verkaufen.
B. Wolff, Katharinenstr. 4.

Gute Winter-Kartoffeln
verkauft billig 406
Aug. Bosold, Wanzleberstr. 10.

Freie Religions-Gesellschaft.
Am Mittwoch, den 4. September, abends 8½ Uhr 1459
Gemeinde-Versammlung.

Viktoria-Theater.
Mittwoch, den 4. September.
Schützenlies'l.

405 **Nachruf.**
Heute früh starb nach kurzem, schwerem Leiden mein Lehrling **Friedrich Nitzschke.** Ich verlor in demselben trotz seines jugendlichen Alters einen fleißigen, tüchtigen und aufgeklärten Menschen, weshalb er sich bei mir ein ewiges Andenken erworben hat.
Franz Witter, Schneidermstr.

Todes-Anzeige.
Am Montag Morgen entschlief plötzlich unser lieber Sohn **Friedrich** im Alter von 16 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., vormitt. 11 Uhr, vom Trauerhause Sudenburgerstr. 10 aus statt. 1458
Um stilles Beileid bitten die tiefbetrübten Eltern
Friedrich Nitzschke nebst Frau.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen.

1. Küche Thränsberg 37; 2. Küche Große Münzstraße 7;
3. Küche Schmidtstraße 61, Neustadt.

Mittwoch: Spinat mit Salzkartoffeln und Leber.
Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit Hammelfleisch.
Freitag: Birnen mit Kartoffeln und Schweinefleisch.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims
Breiteweg 82.

Mittwoch: Brühsuppe, Brotpudding mit Weinschaumsauce.
Donnerstag: Brühsuppe, Weißkohl gefüllt mit Fleischsauce, Kartoffeln.
Freitag: Brühsuppe mit selbstgemachten Nudel, Lungenhaschee mit Salzkartoffeln.

Hierzu als Beilage Der Landbote.

tagszuvor war es ja „doch schön zu finster"! Geschehen ist das Unglück auf der Besitzung des Herrn Dr. Ritter Wiener v. Welten. Die Arbeitszeit beginnt da um 5 Uhr früh und währt bis es völlig finster ist. Männer bekommen dafür 80 Kreuzer täglich und einen Liter sog. „Wein", Weiber 60 Kreuzer und einen halben Liter solchen Pantsches. Ausgezahlt wird Samstag mitunter um 11 Uhr nachts, was ja natürlich ist, wenn bis 1/2 9 Uhr nachts gearbeitet werden muß. Die Schlafstelle ist ein Skandal; Männer, Frauen, Kinder und Halberwachsene liegen bunt durcheinander auf einem mit etwas Stroh bedeckten Lehmboden. Das sind „patriarchalische" Zustände auf dem Lande, wie sie ganz gewiß massenhaft vorzufinden sind. Und da wundern sich die Herren Landwirte, wenn niemand bei ihnen bleiben will und der ländliche Arbeiter lieber in die Stadt in die Fabrik geht oder sich in der Stadt als Dienstbote verdingt! —

Partei-Nachrichten.

Die **Parteigenossen des Wahlkreises Calbe-Aschersleben** hielten ihre diesjährige Parteikonferenz am Sonntag in Barby ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken unseres unvergeßlichen Friedrich Engels durch Erheben von den Sitzen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung des Agrarprogramms. Nachdem Genosse G. Keßler aus Berlin, der an der Konferenz teilnahm, darüber einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag gehalten und die Genossen Greiner aus Aschersleben und Trautwein aus Quedlinburg sich in seinem Sinne geäußert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Parteiversammlung des Wahlkreises Calbe-Aschersleben beschließt: das Agrarprogramm, welches die vom Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingesetzte Agrarkommission vorgelegt hat, eignet sich nicht zur Aufnahme in das Programm unserer Partei. Die Versammlung hält es vielmehr für notwendig und zweckmäßig, daß die Landagitation sich in erster Linie an das Landproletariat, an die ländlichen Arbeiter wendet. Dazu ist erforderlich, daß der auf dem Parteitage zu Halle dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesene Antrag: „Es ist Pflicht der Reichstags-Fraktion, dahin zu wirken, daß die ländlichen Arbeiter auch der Gewerbe-Ordnung unterstellt und die Gesinde-Ordnungen der Einzelstaaten aufgehoben werden" (siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages zu Halle Seite 254), von dem Parteitage in Breslau dem Vorstande mit dem Auftrage überwiesen werde, daß er in nächster Reichstags-Session darauf bezügliche parlamentarische Schritte ins Werk setze, welche gleich wie bei der Umsturzvorlage durch allgemeine Protest-Versammlungen ihre Einleitung finden." Zu Delegierten für den Parteitag wurden gewählt: G. Keßler-Berlin und Aug. Trautwein-Quedlinburg, als Ersatzmann Rob. Greiner-Aschersleben. — Zum Schluß sprach die Versammlung unter stürmischem Bravo den ins Zuchthaus geschickten Bergleuten Schröder und Genossen ihre volle Sympathie aus, dabei versprechend, für die Familien der Inhaftierten thatkräftig einzutreten. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die sehr zahlreich besuchte Parteikonferenz geschlossen. —

Aus Land und Stadt.

* **Seehausen, Kr. W.** (Blinder Fanatismus.) „Wer rauschbolzmäßig schimpft, beweist, daß er nichts begreifen kann und unrecht hat." Diesen Satz können die nationalliberalen Waschblätter als Motto sich aneignen. Unter allen Umständen möchte die Partei jener Blätter das deutsche Volk geknebelt wissen, ihm alle Rechte mit frecher Hand rauben, wenn es nur gehen würde. Und so ist es ja auch nicht zu verwundern, wenn jetzt die nationalliberale Partei und deren Presse mit Lug und Trug gegen uns zu Felde zieht und in Bezug auf den Fall Schröder mit folgenden Stinkbomben um sich wirft: „Der Prozeß Schröder, in welchem eine sozialdemokratische Clique einen abgefaßten Genossen mit kalter Stirne durch Meineide „herauszuschwören" sich erfrechte, die Aufstellung eines Zuchthäuslers als Reichstagskandidaten, die Veröffentlichung gestohlener Akten im Vorwärts, dem Centralorgan der Sozialdemokratie, sind ebenso viele Schläge ins Gesicht unseres Rechts- und Sittlichkeitsbewußtseins, die unter dem Beifallsgeschrei der „Parteigenossen" vollführt werden, ohne daß bisher auch nur ein einziger Einspruch von seiten der staatserhaltenden Parteien laut bar geworden wäre. Eine Partei, welche offen und vor aller Welt behauptet, daß der Meineid in Parteisachen nicht nur erlaubt, sondern geboten sei, und den Meineidhelden hinterher trotz Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte als Märtyrer der Menschheit verherrlicht, kann nicht den Anspruch erheben, als politische Partei im Rahmen unseres bestehenden Staatslebens betrachtet und respektiert zu werden. Sollte aber die politische Silbenstecherei bereits so weit gediehen sein, daß man in Deutschland offen Lug, Trug und Meineid predigen, Zuchthäusler als Reichstagskandidaten aufstellen, Akten stehlen, veröffentlichen und darüber schimpfen und das Andenken unserer vor 25 Jahren gefallenen Söhne mit Koth bewerfen kann, — dann allerdings wäre die Zeit gekommen, in der eine überreife Frucht vom Baume fallen und verwodern müßte und die Anarchie recht behielte, indem sie den Grundsatz der Hölle als Weltgesetz proklamierte: Denn alles, was entsteht, ist wert, daß es zu Grunde geht. — Ja, auch die nationalliberale Partei, die gleich einem Gassenbuben alles Wahre auf den Kopf stellt, die sich vor der frechsten und niedrigsten Handlung nicht scheut, die nur mit Lug und Trug sich aufrecht erhält, ist auch wert, daß sie zu Grunde geht. —

BV. **Schönebeck.** (Steinsalzgewinnung.) Oberbergrat Menzel machte kürzlich Mitteilungen über den Bau des Molke-Schachtes in Schönebeck und über das dort übliche Verfahren der Kochsalzgewinnung. Dieses steht wohl einzig in seiner Art da und Prometheus erläutert es kurz wie folgt: Der oben genannte Schacht wurde unter großen Schwierigkeiten und mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Mark im Laufe von 13 Jahren auf 420 Meter Teufe gebracht. Seit 1892 ist die aus drei Horizonten bestehende Anlage in ungestörtem Betriebe. In den beiden oberen Horizonten wird das Salz durch bergmännischen Abbau gewonnen, während auf dem dritten eine ganz eigentümliche Gewinnungsart, das sogenannte „Spritzverfahren", in Uebung ist. Mittelst eines etwa 2 Meter langen, in der Richtung der Achse seitlich mit kleinen Löchern versehenen Gasrohres wird beständig Wasser gegen das Salz gespritzt. Rückt man das Spritzrohr in demselben Maße, als sich das Salz löst, weiter, so erhält man einen horizontalen Gang im Steinsalz, den man in der Bergmannssprache als „Strecke" bezeichnet. Von dieser aus wird nun, zunächst durch eine Spritze, dann durch eine Brause senkrecht nach oben ein etwa neun Meter hohes und etwa ein Meter weites Loch gespritzt. Um nunmehr die so gebildete Höhlung noch zu erweitern, wird an Stelle der Brause ein nach Art des Segnerschen Wasserrades rotierendes Flügelrohr eingesetzt, ähnlich wie man solche mitunter zum Besprengen der Parkanlagen sieht. Durch Einsetzen immer längerer Flügelrohre kann man diese Höhlen bis auf 15 Meter Durchmesser erweitern. Die von den Wänden abfließende Kochsalzlösung wird in großen gemauerten Behältern gesammelt, hier durch Auflösen von Steinsalzstücken angereichert, und dann durch große Pumpwerke zu Tage befördert. Die durch das Spritzverfahren erzeugten kreisrunden und durch eine vollkommen gleichmäßige parabolische Kuppel gekrönten Hallen, zu deren Herstellung elf Monate Zeit erforderlich sind, sollen einen ganz eigenartigen, prächtigen Anblick gewähren, der noch erhöht wird durch die infolge des Eisengehalts hervorgerufene, marmorartige Maserung des Gesteins und durch die unendlich vielen, von dem herabfließenden Wasser gebildeten zarten Fältelungen der Gesteinswände, sowie die stalaktitenartigen Gebilde, welche in ihren verschiedenen Formen und Färbungen einen märchenhaften Eindruck auf den Beschauer ausüben.

K. **Westerhüsen.** (Leutebrot.) Bei der anstrengenden, oft 14 bis 16 Stunden währenden Arbeitszeit des landwirtschaftlichen Gesindes sollte man doch meinen, daß der Grundbesitzer für eine kräftige, der bedeutenden Muskelanstrengung entsprechende Ernährung seiner Arbeiter Sorge tragen müßte. Wie man diese Ernährungsfrage auffaßt, mögen unsere Leser aus folgendem, dem Landwirtschaftlichen Anzeiger entnommenen Rezept zur Herstellung von Leutebrot entnehmen: 83 Teile Roggen- und 17 Teile Erbsenmehl, oder 80 Teile Roggen- und 20 Teile Bohnenmehl, oder Sommerroggen und Linsen als Gemenge gebaut, gebroschen, gemahlen und das Mehl verbacken, soll gleichfalls ein vorzügliches Leutebrot geben." Es fehlen nur noch die Sägespähne und die Baumrinde, und das Hungersnot-Brot ist fertig. Warum ißt denn aber nicht die Herrschaft dieses vorzügliche Brot und läßt den Arbeitern das ordinäre Roggen- und Weizengebäck? —

Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg. Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von L. Arnoldt, Magdeburg.

Der Landbote

Unabhängiges Organ für die Interessen der Landbewohner.

(Beilage zu Nr. 206 der Magdeburger Volksstimme, Mittwoch, den 4. September 1895.)

Landarbeiterelend.

In neuester Zeit sind vielfach Versuche gemacht worden, das große Publikum über die jämmerliche Lebenslage der deutschen Landarbeiter zu täuschen. Es geschah das unter anderem im Anschluß an das unter den Schriften des Vereins für Sozialpolitik veröffentlichte Werk Dr. Max Webers über: „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland."

Konservative und liberale Zeitungsschreiber sagten, es herrschte sehr mit Unrecht die Vorstellung, es habe die Arbeitsverfassung des Ostens die soziale und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter so gestaltet, daß im Vergleich damit die Situation der am kümmerlichsten gestellten industriellen Arbeiter eine glückliche sei.

Diese Auffassung treffe gerade gegenüber den noch vielfach patriarchalischen Arbeitsverfassung der ostelbischen Provinzen keineswegs zu. Es gäbe wohl Fälle, wo die Zustände besser sein könnten, allein, das hätte die Darstellung Dr. Webers erwiesen, „die allgemeinen Grundlangen der Existenz und des Haushalts gerade der unfreiesten Kategorien der Arbeiter, des Gesindes und der Instleute sind dabei solche, daß bei durchschnittlichen Verhältnissen ihre materielle Lage ungleich gesicherter ist, als die auch der bestgestellten gewerblichen Arbeiter".

Nun hat sich jedoch zum Teil wegen der Schmälerung des Dreschertrages der unfreien Arbeiter infolge der sinkenden Getreidepreise das patriarchalische Arbeitsverhältnis in einem großen Teil der östlichen Provinzen Preußens während der 70er und 80er Jahre in ein rein kapitalistisches verwandelt. An die Stelle der Instleute und des Gesindes ist der möglichst schlecht gelohnte „freie" Tagelöhner getreten.

Diese Thatsache tritt gegenwärtig am deutlichsten zu Tage in der Provinz Posen und in noch höherem Grade in Schlesien.

Die Löhne dieser Tagelöhner sind gerade da am niedrigsten, wo die kapitalistische Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses herbeigeführt wurde durch sehr intensive Wirtschaft, wie sie vornehmlich bei den Latifundienbesitzern durchführbar ist.

In den betreffenden Gegenden herrscht die in ihrer Billigkeit unübertroffene Frauenarbeit vor. Von eigener Viehhaltung, wie überhaupt von einer selbständigen Wirtschaft der grundbesitzlosen Arbeiter ist da keine Rede mehr. Der moderne kapitalistische Großbetrieb hat sie aller dieser Existenzvorteile beraubt und sie in großen Familienhäusern zusammengepfercht.

In neuester Zeit ist der Jahresarbeitsverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter zum Zwecke der Berechnung der Unfallrente reichsgesetzlich festgestellt und in der Statistischen Korrespondenz Ende 1894 veröffentlicht worden.

Danach findet sich der höchste Jahresverdienst in den östlichen Landesteilen im Kreise Neustadt in Westpreußen mit 550 Mark. Alsdann kommen die Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz mit 540 Mark. In Westhavelland beträgt er nur 500, in den Kreisen Putzig und Stargard des Danziger Bezirks 465 Mark und in der Mehrzahl der östlichen Landkreise schwankt der jährliche Arbeitsverdienst zwischen 360 und 300 Mark.

In 67 preußischen Landkreisen aber bewegt sich der amtlich ermittelte Jahresverdienst sogar in den Grenzen von 300—200 Mark. Von diesen 67 Landkreisen entfallen auf Westpreußen 10, auf Ostpreußen 13 und auf Schlesien nicht weniger als 47.

Als sehr günstig bezeichnen landwirtschaftliche Zeitungen die amtlich nachgewiesenen Jahresverdienste der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Schleswig-Holstein, wo sie für den Kreis Eiderstedt 630, für Husum 625, Norder-Dithmarschen, Kiel und einen großen Teil der Kreise Rendsburg, Süderdithmarschen, Steinburg, Stormarn 550 bis 650 Mark betragen.

Im westlichen Deutschland erreicht der Jahresverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in der Nähe großer Industrie- und Handelsbezirke, z. B. Altena, Remscheid, Hattingen, die Höhe von 660 Mark. In den Landkreisen Bochum, Gelsenkirchen, Hagen und Schwelm beläuft sich der Verdienst auf 630 Mark. In den benachbarten Kreisen der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg schwankt er zwischen 600 und 540 Mark.

Im Königreich Sachsen bewegt sich der Jahresverdienst zwischen 540 und 420 Mark.

Für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeiter im westlichen Deutschland überhaupt schwankt der jährliche Arbeitsverdienst innerhalb der Grenzen von 450 bis 370 Mark.

Weniger als 370 Mark erarbeitet sich jedoch der Arbeiterschaft großer Teil der am bayerischen und Böhmerwald angrenzenden Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern; ferner einige Kreise im Spessart, Rhöngebirge und Thüringer Wald, sowie Landkreise des hannoverschen Regierungsbezirks Aurich und des westfälischen Regierungsbezirks Minden.

Die niedrigste Einkommensgrenze von 300 Mark erreicht im westlichen Deutschland das Herzogtum Koburg und der Kreis Adenau im rheinischen Regierungsbezirk Koblenz, auf der hohen Eifel, sowie der Kreis Eckartsberge im sächsisch-preußischen Regierungsbezirk Merseburg und schließlich auch noch der gleichfalls preußisch-sächsische Landkreis Nordhausen.

Daß nun der amtlich festgestellte allerhöchste Jahresarbeitsverdienst unserer deutschen Landarbeiter, der in Ostdeutschland 550 Mark, in Westdeutschland dagegen 660 Mark beträgt, auch nur ein gänzlich ungenügendes Arbeitseinkommen darstellt, abgesehen davon, daß diese höchsten Jahreslöhne überall, sowohl im Osten wie im Westen Deutschlands nur von sehr wenigen Landarbeitern erreicht werden, — das kann von niemand bestritten werden.

Mit 660 Mark Jahreseinnahme vermag kein Mensch seine leiblichen und geistigen Bedürfnisse in einigermaßen ausreichender Weise zu befriedigen; nicht einmal der er-

wachsene ledige Arbeiter, viel weniger noch der verheiratete, für den der etwaige Arbeitsverdienst seiner Frau, wenn dieselbe gesund und arbeitsfähig ist, jedenfalls auch nur eine völlig ungenügende Ergänzung seines Einkommens liefert.

Zudem muß hervorgehoben werden, daß es sich bei den im Vorstehenden wiedergegebenen amtlichen Feststellungen um erwachsene männliche Arbeiter handelt, und daß der Arbeitsverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen noch um ein Drittel bis um die Hälfte hinter dem der männlichen Arbeiter zurückbleibt.

Daraus geht hervor, daß die Lage unserer ländlichen Gesamtarbeiterschaft in Deutschland eine entschieden schlechte, ja ganz außerordentlich elende ist, und daß an dieser offenkundigen Thatsache weder Schönfärberei noch Entstellung das Geringste zu ändern vermag. —

Agrarpolitisches.

):(**Auf die Fleischverteuerung** wirken die Agrarier wieder hin. Der Bund der Landwirte hat dem Reichskanzler folgenden Antrag zur Berücksichtigung unterbreitet: „Die Aufhebung der bisherigen Zollbegünstigung der Grenzbewohner insoweit, als diese einzelne Stücke ausgeschlachteten Fleisches in Mengen von nicht mehr als zwei Kilogramm, nicht mit der Post eingehend, zollfrei einführen dürfen, aus veterinärpolizeilichen Gründen zu veranlassen!" — Aus veterinärpolizeilichen Gründen? Ach nein, in Wahrheit aus Rücksicht auf das agrarische Sonderinteresse. —

):(**Ueber die „Not der Landwirtschaft"** äußert sich der General-Landschafts-Direktor der Provinz Ostpreußen, ein Mann, der sich auf eine 40jährige Thätigkeit als Grundbesitzer und auf die Erfahrung, die aus der Verwaltung seines Amtes hervorgeht, stützt, folgendermaßen: Der wirkliche Großgrundbesitzer in Ostpreußen ist nicht ungünstig situiert und zum großen Teil auch sehr gering verschuldet, ganz abgesehen von demjenigen großen Grundbesitz, dessen Verschuldung durch Stiftung von Majoraten und Fideikommißvorschriften gebunden ist. Hier einen Notstand festzustellen, halte er für unmöglich. Hinsichtlich des Kleinbetriebes der Landwirtschaft (auf den es den agrarischen Schreiern jedoch nicht im Entferntesten ankommt. Red.) sei die Lage in etwa 15 Kreisen, die meist im Regierungsbezirk Königsberg liegen, weniger gut; aber auch dort könne man nicht sagen, daß sich der Bauernstand allgemein in einem Notstande befinde. Dagegen sei in etwa 9 Kreisen, namentlich in solchen mit polnischer Bevölkerung, die Lage der Bauern eine wirklich ungünstige. Das wird die schreienden Junker, die unter „geflickten Strohdächern" wohnen, natürlich nicht im mindesten hindern, weiter ihre Klagelieder anzustimmen. Auch die „Not" ist eben ein sehr relativer Begriff und jene glauben sich schon in Not, wenn ihre stets wachsenden „standesgemäßen" Lebensansprüche sich nicht mit Leichtigkeit befriedigen lassen. Ihr Leben auf großem Fuß ist der äußerliche Ausdruck ihrer Macht. Davon wollen sie aber nichts einbüßen. —

Der agrarischen Notstandsdemagogie

bereitet das preußische Kriegsministerium eine arge Enttäuschung. Dasselbe hat die neueste Forderung der Kanitzer, daß die Militärverwaltung den „Notleidenden" alles verfügbare Getreide sofort abnehmen und ihnen außerdem eine Begehrlichkeitsprämie von etwa 6 Mark pro Doppelcentner draufzahlen soll, rundweg abgelehnt. Das Kriegsministerium läßt dieser Ablehnung in der Berliner Korrespondenz eine ausführliche Begründung zuteil werden, indem es u. a. erklärt:

Höhere als die Marktpreise zahlen zu lassen, kann die Heeresverwaltung nicht verantworten. Aber selbst wenn sie diesem Verlangen nachgeben und Höhere Preise bewilligen könnte, würde sie nicht wissen, welche Preise sie zahlen soll, da jeder Anhalt für die Bemessung der anzulegenden Preise fehlen würde, wenn die Marktpreise keine Geltung mehr haben, vielmehr beträchtlich höhere als die marktgängigen Preise gezahlt werden sollten. Das Mieten von Magazinen zur Lagerung großer Getreidemengen erscheint ausgeschlossen, zumal es an Speichern fehlt. Es erübrigte somit nur, den größten Teil des anzukaufenden Getreides nach den verschiedenen Bedarfspunkten außerhalb Berlins zu versenden, was die Kosten desselben wesentlich verteuert. Würde die Heeresverwaltung, den laut gewordenen Wünschen entsprechend, den zeitigen Preisdruck ausnützen und hier große Getreidemengen ankaufen lassen, so könnte dies in der Hauptsache nur von Händlern geschehen, zum Teil würde auch ausländische Ware gekauft werden. Es hätten daher in erster Linie die Händler, vielleicht auch ein beschränkter Kreis von Grundbesitzern, die ihre Ernte frühzeitig auf den Markt bringen können, den Vorteil hiervon. Daß solche Aufkäufe aber einen günstigen Einfluß auf die Preisnotierungen ausüben würden, erscheint um deswillen nicht wahrscheinlich, weil der Bedarf der Heeresverwaltung an Roggen gegenüber dem Gesamtbedarf der Bevölkerung nur 1,4 Prozent beträgt. Eine sehr unerwünschte Folge derartiger Maßnahmen würde sich aber dadurch ergeben, daß die Militärverwaltung für alle diejenigen Gutsbesitzer und kleineren Landwirte, die ihre Ernte erst später auf den Markt bringen, dann vielleicht auch bessere Preise erzielen, keine Abnehmerin mehr sein könnte, weil sie ihren Hauptbedarf vorzeitig gedeckt hat.

Na, da werden wir aber einen Sturm der Agrardemagogen erleben! Ohne Zweifel dürfte ihre Entrüstung bald in dem Rufe zum Ausdruck kommen: „Weg mit diesem Kriegsministerium!" —

):(**Den seligen Jean Jacques Rousseau** läßt das Organ des Bundes der Landwirte als Agrarier aufmarschieren. Es würde uns nicht schwer fallen, dem wackeren Bundesorgan noch ältere Agrarier aus ihren Gräbern auszugraben, die wir ihm als modernste Gewährsmänner zu beliebigem Mißbrauche zur Verfügung stellen könnten. Wenn aber Jean Jacques Rousseau durchaus zum neuen Heiligen des Agrariertums proklamiert werden soll, so mögen die Herren Agrarier-Millionäre dem Vorbilde zuerst folgen in seinen Mahnungen zu einfacher Lebenshaltung. Befolgen sie diese, so wird es bei der Prosperität gut geleiteten landwirtschaftlichen Besitzes nicht nötig sein, den Staat unausgesetzt um milde Gaben für die „notleidende" Landwirtschaft anzubetteln. —

):(**Die „kleinen Mittel"** genügen den Agrariern nicht. In der Kreuzzeitung und in der Deutschen Tageszeitung erhebt der Agrarierhäuptling v. Plötz-Döllingen erneut die Forderung, die „großen Mittel" der Bündler zur Anwendung zu bringen. Der Artikel schließt mit folgenden, die Begehrlichkeit unserer Agrarier kennzeichnenden Ausführungen: „Was sollen denn alle kleinen Mittel helfen, was sollen die Ankäufe der Proviantämter, was soll die Anlegung von Getreidesilos denn wesentliches nützen, wenn eine einzige Judenfirma imstande ist, den Markt zu beherrschen?! Diese an und für sich kleinen Mittel können erst wirklich wirksam werden, wenn die großen Mittel, die wir gefordert haben, zur Durchführung gelangen! So lange dies nicht geschieht, so lange steht alles Vertrauen zu einer wirksamen Förderung der Interessen der produzierenden Stände im Lande auf dem Nullpunkte. Möchten doch endlich die heutigen Machthaber begreifen, welch unverbindliches Kapital an deutscher Treue und deutscher Vaterlandsliebe verloren geht, wenn alle großen wirtschaftlichen Maßnahmen lediglich und ganz allein darauf zugeschnitten sind, daß sie dem internationalen Großhandel und dem internationalen an der Börse wirtschaftenden und wuchernden Großkapitale Nutzen bringen. Möge man endlich an eine ernste Prüfung der nur noch allein gründlich helfenden großen Mittel, also der Währ*ungsreform, der Börsenreform und der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr gehen! Die Zeit ist ernst, und es kann nur zu leicht der Fall eintreten, daß, wenn der Zeit-*

punkt herankommt, an welchem man sich aufrafft, um endlich diese Forderungen und Wünsche zu erfüllen, ein „Zu spät!" entgegentönt; denn die Not im Lande ist unbeschreiblich und wächst von Tag zu Tag! — Nicht nur aus den leichten Gegenden des Ostens, sondern aus allen Gegenden mit gutem Boden und guten Absatzverhältnissen usw. ertönen die gleichen Klagen. Eine Warnung an meine Erwerbsgenossen aber will ich nicht unterlassen. Sie kann nur darin gipfeln: Sorgen wir dafür, daß die kleinen Mittel schnell und gründlich zur Durchführung gelangen! Lassen wir uns aber nicht von dem Wahne bethören, daß damit genügend geschehen sei, sondern halten wir mit deutscher Treue und deutscher Zähigkeit fest an dem, was wir gefordert haben, und bleiben wir unbeirrt bei dem alten Grundsatze: „Nur Einigkeit macht stark." —

):(**Es wird weiter „begehrt" und gehetzt!** Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte schreibt über Aussichten und Taktik der Notstandsdemagogie:

Es sind hauptsächlich drei Punkte, welche zur Zeit als die Lebensfragen der produktiven Erwerbsstände zu bezeichnen sind: — das ist die Getreidepreisfrage für die Landwirte, die Frage des Befähigungsnachweises für das Handwerk (für die Handwerker ist die Getreidepreisfrage wichtiger als für die Landwirte, insofern die Handwerker ein Interesse an billigem Brot haben; dagegen wäre vielleicht für manchen Agrarier der „Befähigungsnachweis" sehr dringlich! Red. der Volks-Zeitung) und die der Währungsreform für alle produktiven Stände.

Die Regierung behandelt unsere Forderungen, unsere Beschwerden, unsere Klagen in diesen Beziehungen mit dem bekannten „Wohlwollen" . . . In derselben giebt es einzelne Herren — wie v. Bötticher und v. Marschall — die wir als unsere Gegner betrachten müssen. Im allgemeinen dürfte man die Stellung der Regierung zu uns und unseren Bestrebungen aber wohl weder als feindlich, noch als freundlich, sondern als im ganzen neutral bezeichnen können. Speziell der Chef der Regierung, Fürst Hohenlohe, ist viel zu sehr Diplomat, als daß man annehmen könnte, er würde, um einen Sieg der Agrarier zu verhindern, sich wie ein Curtius in den Abgrund stürzen. . . .

Es wäre ebenso falsch, einen solchen Staatsmann prinzipiell zu bekämpfen, als das Gegenteil zu thun. Wir müssen alles daran setzen, um unserer Bewegung den notwendigen Nachdruck zu geben, damit der leitende Staatsmann einsieht, daß Konzessionen an die Agrarier eine zwingende Notwendigkeit sind (?). Dann wird schließlich geschehen, was wir wünschen, denn Fürst Hohenlohe ist ein wirklicher Staatsmann, was Graf Caprivi nicht war. Wir wollen daher uns besonders damit beschäftigen, die Regierungen zu kräftigem Thun anzuspornen und auf die Parteien derart einzuwirken, daß die agrarische Bewegung fortschreitet. Die Mittelparteien, Centrum und Nationalliberale, sind gerade in Bezug auf die agrarische Frage in Gährung begriffen. . . .

Also § 11: Es wird fortdemagogiert! Die Nordd. Allgemeine Zeitung reagiert heute auf den bekannten Erguß des Herrn v. Plötz zimperlich-schüchtern, so daß aus dieser „Abwehr" die Herren Notstands-Demagogen wieder neuen Mut schöpfen werden. —

Fürsorge für entlassene Gefangene.

Die Minister des Kultus, des Innern und der Justiz haben die Oberpräsidenten durch einen gemeinsamen Erlaß ersucht, die Organisation der Fürsorge für entlassene Gefangene zu fördern. Zu dem Zwecke wird empfohlen, für jede Provinz oder für mehrere benachbarte Provinzen eine Centralstelle für das Fürsorgewesen zu schaffen, die zwar eine vom Staate unabhängige freie Vereinigung ist, deren Bestrebungen aber von den Staats-, Kirchen- und Provinzialbehörden möglichst gefördert werden. Als Aufgabe der Centralstelle wird bezeichnet:

1. Das Fürsorgewesen in ihrem Bezirke zu fördern.
2. Auf das Zusammenwirken zwischen kirchlichen Fürsorgeorganen und Fürsorgevereinen hinzuwirken.
3. Zur Gründung von Fürsorgevereinen und Arbeitsnachweisstellen anzuregen.

Um eine Zersplitterung der auf die Fürsorgebestrebungen gerichteten Kräfte und Geldmittel zu vermeiden, wird empfohlen, daß die Fürsorgeorgane sich auch der Familien der entlassenen Gefangenen annehmen und ihre Schutzthätigkeit auch den aus der Zwangserziehung entlassenen oder der Familienpflege überwiesenen jugendlichen Personen zuwenden. Zur Deckung der Geschäftsunkosten der Centralstelle, soweit die Beiträge der Kirchen- und Provinzialbehörden, der Vereine und Privatpersonen nicht ausreichen, stellt der Minister des Innern einen Beitrag in Aussicht.

Es ist nun — so wird offiziös ermahnt — die Aufgabe aller Kreise, welche der Meinung sind, daß Strafrichter und Polizei allein nicht ausreichen, um die stetig anwachsenden Verletzungen der Gesetze zurückzudrängen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Die Fürsorge für den aus dem Gefängnis Entlassenen kann allein verhindern, daß aus dem Gelegenheitsverbrecher ein Gewohnheitsverbrecher, ein deklassierter, ein bewußter Feind der Gesellschaft werde. Die Fürsorge für das verwahrloste und verbrecherische Kind kann es allein davor bewahren, daß es sich zu einem gewerbsmäßigen Verbrecher auswachse."

Es war unseres Erachtens sozialpolitisch wichtiger, daß unsere politischen und sozialen Verhältnisse möglichst so gestaltet würden, daß der Anreiz zu Verbrechen und Vergehen, der den wirtschaftlich Schwachen leider tausendfach nähertritt, als den Gutsituierten, möglichst vermindert würde. Dann wäre der Fürsorge für entlassene Strafgefangene schon ein gut Teil ihres Absatzgebietes genommen. Die enge Verquickung mit kirchlichen Organen, durch welche die Fürsorge einen konfessionellen Beigeschmack erhält, wird nach den bisherigen Erfahrungen weite Kreise abhalten, der Sache ihr Interesse zuzuwenden. Es ist nicht jedermanns Geschmack, allgemein menschliche und neutral-soziale Dinge mit konfessionellen Dingen zu vermengen. —

Zur Lage der Landarbeiter.

*** **Streik.** In der Gegend von Meldorf in Schleswig-Holstein stehen fast sämtliche Dampfdreschmaschinen still, da die Bedienungsmannschaften die Arbeit wegen zu geringen Lohnes niederlegten. Sie bekamen neben der Beköstigung 20 Pfg. Stundenlohn und verlangten eine Zulage, was verweigert wurde. —

*** **Moderne Leibeigenschaft.** Unter der Ueberschrift „Sozialpolitisches" wird der Oberschlesischen Volkszeitung aus Guhrau, Kreis Pleß, das folgende Beispiel moderner Leibeigenschaft berichtet: Die fürstlich Pleßsche Mietzinsverwaltung hat seiner Zeit das Grzawaer Gutsfeld mit 12 Mk. pro Morgen den hiesigen armen Leuten verpachtet, welche dadurch ihr kummervolles Dasein fristen konnten. Damit war der Domänenpächter nicht einverstanden, weil ihm dadurch, wie er behauptete, die Arbeitskräfte entzogen würden. Er beantragte die Zuteilung des Grzawaer Feldes zum Guhrauer Dominium und Verpachtung desselben unter den gewöhnlichen Bedingungen; die fürstliche Verwaltung willigte ein. Das Dominium verpachtete aber wiederum das Feld, doch mit der Abweichung, daß pro Jahr fünf Tage Dominalarbeit abgeleistet werden muß, und zwar dann, wenn es der „gnädige Herr" wünscht. Wenn aber der Gerufene nicht erscheint, muß er für den ausgebliebenen Tag 1,20 Mk. (eine Mark zwanzig Pfennige) bezahlen. Dabei denke man an den Pachtpreis! —

*** **Ein Unfall infolge gräßlicher Aufbewahrung** wird aus Leopoldsdorf bei Wien gemeldet. An einer Dreschmaschine arbeitete der Arbeiter J. Dreiterhahn als sogenannter Stopfer, das heißt er hatte die aufgelösten Garben in den Dreschraum der Maschine gleiten zu lassen. Samstag, 15 Minuten nach 8 Uhr, also bei vollständiger Dunkelheit, wollte er eben die letzten Garben einwerfen, trat aber eben wegen der eingetretenen Dunkelheit fehl und direkt in den Dreschraum, wo ihm der Fuß buchstäblich in Stücke gerissen wurde. Der Fuß wurde erst den anderen Tag aus der Dreschmaschine gezogen.